

Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei

HANS HAUTMANN

Das Wirken von KPÖ-Angehörigen in der Wiener Polizei ist ein wenig bekanntes Kapitel der Geschichte der Zweiten Republik. Dabei wäre für eine Aufarbeitung Anlass genug vorhanden, war doch die starke Präsenz von KommunistInnen im Beamtenapparat der exekutiven Staatsgewalt ein für westliche Verhältnisse ganz ungewöhnliches, ja weltweit einzig dastehendes Phänomen. Nirgendwo anders konnte man es in einer Hauptstadt außerhalb des kommunistischen Machtblocks erleben, dass Mitglieder einer „Parteiorganisation Polizei“ zu Hunderten bei der 1. Maidemonstration der KPÖ auf der Wiener Ringstraße mitmarschierten, und das bis in die 1960er Jahre hinein.

Die Vernachlässigung dieses Teils der österreichischen Nachkriegsgeschichte ist eine Erscheinung der Gegenwart, die in scharfem Gegensatz zur geradezu hysterischen Aufgeregtheit steht, mit der das Thema früher behandelt wurde. Blättert man die Jahrgänge der österreichischen Zeitungen zwischen 1945 und 1955 durch, so springen einem fast massenhaft Meldungen, Berichte, Artikel über die Polizeikommunisten ins Auge. Ähnlich verhält es sich mit den Erinnerungen von Oskar Helmer¹ und Adolf Schär² sowie älteren Darstellungen der Geschichte der Zweiten Republik aus der Feder meist angloamerikanischer Historiker,³ die den Vorgängen in der Wiener Polizei breiten Raum widmen. Der Tenor ist überall gleich und läuft auf die Behauptung hinaus, dass die sowjetische Besatzungsmacht über die Position des kommunistischen Staatssekretärs des Inneren und die Aufnahme möglichst vieler Kommunisten in den Polizeidienst von Anfang an das Ziel verfolgte, Österreich in eine „Volksdemokratie“ östlichen Musters zu verwandeln.

Diese Tendenz ist auch bei zwei späteren wissenschaftlichen Arbeiten zu beobachten, den Dissertationen von Wetz und Theimer.⁴ Dem gegenüber stehen Untersuchungen, die an den Sachverhalt aus anderer Sicht herangehen⁵ und an die hier auf der Basis neuen, umfangreichen Quellenmaterials angeknüpft wird.

Die reale Zahl

Wie stark waren KommunistInnen in der Wiener Polizei wirklich vertreten? Anwürfen des ÖVP-Politikers Ferdinand

Graf belegend, gab Staatssekretär Franz Honner im November 1945 bekannt, dass sich die 127 leitenden Beamten der Polizeidirektion Wien aus 71 Personen von der ÖVP, 29 von der SPÖ und 27 von der KPÖ zusammensetzen und von den „9200 Unterbeamten und Polizisten 3.000 Sozialisten, 1.500 Kommunisten und die übrigen Volksparteiler“ bzw. Parteiose seien.⁶ Addiert sind das 1.527 Personen. Eine fast identische Zahl findet sich im Berichtsmaterial zum 13. Parteitag der KPÖ im April 1946 mit 1.522.⁷ Da man ausschließen kann, dass diese Größenordnung in der Folgezeit nennenswert überschritten wurde, muss das in Relation zu den Angaben gesetzt werden, die Polizeipräsident Holaubek für das Jahr 1953 machte. Danach hatte die Polizeidirektion Wien einen Personalstand von 11.685 Personen (2.367 in der Verwaltung, 8.302 bei der Sicherheitswache, 1.016 bei den Kriminalbeamten).⁸ Großzügigerweise für 1953 mit 1.600 KPÖ-Angehörigen angesetzt, ergibt das einen Anteil von 13,7 Prozent.

Das war wenig und viel zugleich. Wenig, wenn man die Darstellungen von Helmer und Schär für bare Münze nimmt, denen zufolge die Wiener Polizei völlig von Kommunisten durchsetzt gewesen sei; viel, ja sehr viel, wenn man berücksichtigt, dass sich im österreichischen Polizeidienst der Jahrzehnte vor 1945 nie auch nur ein einziger Kommunist befand.

In der Zeit der provisorischen Renner-Regierung erfolgten Postenbesetzungen zum Großteil aufgrund von Parteienvereinbarungen. Konsequenterweise hätte jede der drei Regierungsparteien, mithin auch die KPÖ, einen Anspruch auf bis zu 33 Prozent stellen können. Der Prozentsatz von 13,7 lag weit darunter, jedoch höher als der Anteil bei den Wahlen am 25. November 1945, als die KPÖ in Wien 7,9 Prozent der Stimmen erreichte. Gestört haben die ÖVP und SPÖ die 1.500 bis 1.600 Polizeikommunisten nicht an sich, von denen ja die überwiegende Mehrheit einfache Konzeptsbeamte, Sicherheitswachleute und Kriminalbeamte waren, sondern die Tatsache, dass einige von ihnen leitende Positionen innehatten, darunter im sensibelsten Bereich, in der Staatspolizei.

Zu den anderthalbtausend KPÖ-Mitgliedern zählten auch Frauen, und zwar mehr, als man annehmen könnte. Ihren

Dienst versahen sie nicht bei der Sicherheitswache und im Kriminalbeamtenkorps, die damals noch reine Männerdomänen waren, wohl aber in der Verwaltung, als Konzeptsbeamtinnen, Sekretärinnen, Stenotypistinnen, Sachbearbeiterinnen usw. Schätzungsweise lag ihr Anteil bei 20 Prozent. Nicht wenige von ihnen lernten auf ihren Dienststellen ihre späteren Ehemänner kennen und stießen so zur Kommunistischen Partei.

Der Autor hat sich die Mühe gemacht, möglichst viele der 1.500 KPÖ-Angehörigen zu identifizieren. Ein Teil der Personen ist ihm noch aus seiner Kindheit und Jugend in Erinnerung, andere wurden ihm von Manfred Mugrauer und den ZeitzeugInnen Walter Winterberg, Elfriede Stern und Gertrude Hacker genannt, weitere fanden sich in Personalakten und in den Erinnerungen des Polizeirats Valentin Strecha.⁹ Die Überprüfung und Verifizierung geschah anhand der Personal-Standesverzeichnisse, die im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien aufliegen.¹⁰ Auf diese Weise gelang es, eine Liste von 212 Namen zu erstellen, die im Anhang abgedruckt ist. Nähere Angaben zu den Personen, die soweit eruiert, Geburts- und Todesjahr, Stichtag des Eintritts in den Polizeidienst, Dienststränge, Dienststellen und anderes mehr enthalten, werden aus Platzgründen auf der Website der *Alfred Klahr Gesellschaft* (<http://www.klahr-gesellschaft.at>) wiedergegeben.

Historisch-politische Prämissen

Nur eine ganz spezifische Konstellation machte es möglich, dass so viele Kommunisten in der Wiener Polizei Aufnahme fanden. Die erste – und überhaupt fundamentale – Voraussetzung bestand darin, dass die Streitkräfte der Sowjetunion, und nicht die der USA oder Großbritanniens, in den Tagen vom 5. bis 13. April 1945 Österreichs Hauptstadt befreiten. Wären die Westmächte vor den Russen in Wien gewesen, hätte es das nicht und z.B. gewiss auch keine Renner-Regierung gegeben. Österreichs Nachkriegsentwicklung hätte dann zwar nicht zur Gänze (die Viermächtebesatzung war bereits Ende 1944 vereinbart worden), aber in wesentlichen Punkten einen anderen Verlauf genommen – ob für unser Land mit besseren Resultaten, ist mehr als fraglich.

ИМЯ <i>Гайтманн Рудольф</i>	Name: HAUTMANN Rudolf
РОДИЛСЯ <i>20. I. 1907 в Вене</i>	geboren: 20.1.1907 in Wien
АДРЕС <i>Вена III. Кейнергассе 8/11</i>	Anschrift: Wien III., Keinergasse 8/11
СЛУЖЕБНЫЙ ОТДЕЛ <i>Вена I. Герренг. 13</i>	Dienststelle: Wien I., Herreng. 13
<i>Нак. участка седельца Комендантское</i>	als Polizeichef

Dienstausweis von Rudolf Hautmann als Chef des Polizeilichen Hilfsdienstes.

In den Apriltagen 1945 herrschte auf dem Gebiet der polizeilichen Verwaltung in Wien ein völliges Vakuum. Die Polizeiangehörigen hatten sich schon vorher entweder nach dem Westen abgesetzt oder ihr Heil im Wegwerfen der Uniform und Untertauchen in der Anonymität gesucht, sodass beim Einmarsch der Sowjettruppen in Wien keinerlei Polizeidienst mehr existierte.¹¹ Und selbst wenn es einen solchen gegeben hätte, konnte man „Schupos“, die dem NS-Regime treu gedient hatten, geschweige denn Polizeibeamte, die bei der Verfolgung der österreichischen WiderstandskämpferInnen und der Vernichtung der Wiener jüdischen Bevölkerung schwere Verbrechen begangen hatten, unmöglich weiter im Dienst belassen.

In dieser Situation des totalen Zusammenbruchs der polizeilichen und aller anderen Verwaltungsstrukturen errichtete die Rote Armee als vorerst einzige Autorität im Bereich der Stadt Wien örtliche Kommandanturen in den Gemeindebezirken. Diese wiederum setzten neben Verwaltungsorganen (Bezirksvorstehern, Wirtschaftsleitern, Wohnungsbeauftragten usw.) auch Polizeiorgane ein, an deren Spitze Bezirkspolizeichefs standen. Es war Usus beim sowjetischen Militär, den Wiederaufbau der örtlichen Verwaltung sogleich in die Hände einheimischer Antifaschisten zu legen, um die kämpfende Truppe nicht auch noch mit solchen Aufgaben zu belasten, solange der Krieg andauerte.¹² Die Praxis der Delegierung war die zweite wichtige Voraussetzung für die Aufnahme von

Kommunisten in die Wiener Polizei, denn sie, die aus dem Untergrund nun hervortreten konnten, bildeten unter den antifaschistischen Kräften auf allen Ebenen der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse das aktivste Element.

Zwei Wochen nach der Einnahme Wiens, am 27. April 1945, konstituierte sich die Renner-Regierung, in der der Kommunist Franz Honner das Amt des Staatssekretärs des Inneren übernahm. Honner, der mit dem vom russischen Stadtkommandanten Generalleutnant Blagodatow am 17. April installierten „Polizeilichen Hilfsdienst“, als dessen Chef der Kommunist Rudolf Hautmann fungierte, bereits den ersten Ansatz einer neuen Polizeiorganisation vorfand, forcierte selbstverständlich den Einbau von Kommunisten, achtete aber auch darauf, dass im Sinne der Parteienvereinbarungen auch ÖVP- und SPÖ-Angehörige sowie unbelastete parteilose Polizeifachleute zum Zuge kamen. So wies er am 8. Mai 1945 die Oberpolizeiräte Dr. Otto Fürnkranz und Dr. Karl Penn und den Polizeirat Dr. Heinrich Hüttl an, sich bei Polizeichef Hautmann zu melden, um ihm als fachliche Berater zur Verfügung zu stehen.¹³ Solcherart gelangten auch einstige hohe Polizeibeamte wie Leopold Buchsbaum, Anton Walitschek, Ferdinand Thaller und Karl Springer, die sich in der Ständestaatszeit bei der Bekämpfung der illegalen NSDAP hervorgetan hatten, erneut in den Polizeidienst.¹⁴ Zu glauben also, dass Honner ausschließlich Kommunisten heranzog, ist falsch. Wahr ist hingegen, dass die KPÖ ihre Mitglie-

der aufforderte, möglichst zahlreich in die Wiener Polizei einzutreten.

Die nächste Voraussetzung erfüllte das Beamten-Überleitungsgesetz vom 22. August 1945,¹⁵ denn von einer „Erneuerung“ Österreichs konnte solange keine Rede sein, solange die staatliche Bürokratie der zwölf Jahre einer grünen und braunen Diktatur nicht von faschistischen Elementen gesäubert war und durch Einbeziehung neuer Kräfte eine Demokratisierung erfuhr. Die Schaffung einer „nach Gesinnung und Haltung einwandfreien österreichischen Beamenschaft“ sollte laut Gesetzestext einerseits durch Berücksichtigung der seit 1933 gemäßigten Beamten erfolgen, andererseits durch die Aufnahme derer, die „mit der Waffe für ein unabhängiges, demokratisches Österreich gekämpft“ oder wegen ihres Kampfes „lang andauernde Haft erlitten“ bzw. „während der ganzen Zeit der Terrorherrschaft standhaft ihre Treue zu Österreich bewiesen haben.“¹⁶

Deshalb legte der Paragraph 7, Absatz 2 des Gesetzes fest, die Anstellungserfordernisse für neu in den Staatsdienst tretende Beamte zu reduzieren, indem man ihnen entweder gewisse Dienstprüfungen nachsah oder sie diese in einer angemessenen Zeitspanne nachholen konnten. Für die Polizeikommunisten, durchwegs vom Fach her unerfahren und, ausgenommen Dürmayer, keine Akademiker, bildete das die Legitimierung ihres Beamtenstatus mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten.

Die letzte Voraussetzung war, dass Staatssekretär Honner, die Bestimmungen des Beamten-Überleitungsgesetzes nur konsequent anwendend, im Herbst 1945 den Großteil der in die Wiener Polizei eingetretenen Kommunisten und Kommunistinnen pragmatisierte. Damit schuf er die Basis dafür, dass sie auch unter geänderten politischen Gegebenheiten abgesichert waren und über die Besatzungszeit und weit über den Staatsvertrag von 1955 hinaus in der Polizei vertreten blieben. In die diversen Dienststränge wurden sie dann ab 1946 (zu einer Zeit, als – nicht zu vergessen – die KPÖ nach wie vor der Regierung angehörte) vom SPÖ-Innenminister Helmer eingestuft.

Gruppen der Polizeikommunisten

Der Herkunft nach setzten sich die KommunistInnen in der Wiener Polizei aus vier Kategorien zusammen. Die erste Gruppe bestand aus jenen, die bei der Befreiung Wiens in den Apriltagen 1945 im Untergrund anwesend waren und die

sowjetische Offiziere mit Verwaltungs- und Polizeiagenden betrauten. Zu ihnen zählten Rudolf Hautmann, Alois Hladecek, Johann Neumayr, Heinrich Tutsch u. a. sowie alle Bezirkspolizeichefs, von denen aber der größte Teil schon bald abgelöst und durch andere Personen ersetzt wurde.

Die zweite Gruppe waren Angehörige der Österreichischen Freiheitsbataillone, die, aus Jugoslawien kommend, im Mai und Juni 1945 in Wien eintrafen.¹⁷ Zu ihnen gehörten (neben Franz Honner, der Mitglied des leitenden Komitees der Österreichischen Freiheitsfront im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee war und schon vorher Wien erreichte) Othmar Strobel, Moritz Fels-Margulies, Zalel Schwager, Peter Hofer, Gerhard Paul Herrstadt, Emanuel Edel, Max Goldberger, Herbert Kandel, Jakob Zanger u. a.

Die dritte Gruppe stellten die Befreiten aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Regimes, die ebenfalls im Laufe des Mai 1945 nach Wien kamen: Heinrich Dürmayer, Hans Marsalek, Max Umschweif, Kurt Hacker, Ferdinand Berger, Leo Jansa, Johann Hertl, Walter Ulmann, Johann Höllisch, Vinzenz Seiser, Josef Csarman, Walter Winterberg, Georg Winterer u. a.

Aus der zweiten und dritten Gruppe rekrutierten sich hauptsächlich jene, die in der Folge an leitenden Stellen in der Polizeidirektion Wien standen.

Die vierte Gruppe schließlich bildeten die der KPÖ ab April/Mai 1945 und in den Jahren danach Beigetretenen. Ihre Zahl war bedeutend und verteilte sich vor allem auf die unteren Ränge der Wachleute, Kriminalbeamten und Angestellten in der Verwaltung. Dazu gehörte auch das Gros der kommunistischen Frauen in der Wiener Polizei.

Die Periode des Polizeilichen Hilfsdienstes

Am 17. April 1945 setzte der sowjetische Stadtkommandant von Wien, Generalleutnant Blagodatow, Theodor Körner (SPÖ) als provisorischen Wiener Bürgermeister und Leopold Kunschak (ÖVP) sowie Karl Steinhardt (KPÖ) als dessen Stellvertreter ein. Am gleichen Tag ernannte er Rudolf Hautmann zum Chef des neu gegründeten „Polizeilichen Hilfsdienstes für die Kommandantur der Stadt Wien“.¹⁸

Rudolf Hautmann, geboren 1907, war seit 1926 Mitglied der KPÖ, gelernter Autoschlosser und 1944/45 der führende Mann der in tiefster Illegalität agieren-



Generalleutnant Alexej Blagodatow (li.), sowjetischer Stadtkommandant von Wien, begrüßt nach der offiziellen Konstituierung der Provisorischen Regierung Staatskanzler Karl Renner und Theodor Körner (re.) vor dem Parlament. Im Hintergrund (mit Armbinden) Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes.

den Gruppe der Simmeringer Kommunisten.¹⁹ Am 10. April 1945 übernahm er im eben befreiten 11. Bezirk das Amt des Leiters für die Wirtschafts- und Ernährungsagenden. Weil er hier große Tatkraft und Organisationstalent zeigte, schlugen ihn der KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig und der Wiener Parteiohmann Josef Lauscher bei einer Besprechung mit Blagodatow für den Posten des Wiener Polizeichefs vor.

Der Polizeiliche Hilfsdienst war ein aus Österreichern bestehendes Organ der sowjetischen Besatzungsmacht. Als Verbindungsoffizier des Polizeichefs zur Stadtkommandantur fungierte Hauptmann Komarow von der 4. Gardearmee. Mit der Zentralisierung des Polizeidienstes in den Händen Rudolf Hautmanns zielten sowohl das russische Militär als auch die KPÖ darauf ab, das Wirrsal zu beenden, das auf der Ebene der Gemeindebezirke bestand. Die Bezirkspolizeichefs, von irgendwelchen sowjetischen Truppenoffizieren unter oft zufälligen Umständen ernannt, waren zwar zumeist Kommunisten, nicht immer aber Leute, die sich der Situation gewachsen zeigten. Sie hatten sehr unbürokratisch freiwillig sich meldende Personen aus allen Berufsschichten aufgenommen, wenn sie ihnen politisch tragbar erschienen. Neben vielen ehrlichen und aufrechten Antifaschisten befanden sich aber unter diesen auch solche, die das Chaos der Apriltage für persönliche Vorteile zu nutzen suchten, zwielichtige Figuren, die sich als Kommunisten ausgaben, um in den Poli-

zeidienst aufgenommen zu werden und die sich an Plünderungen beteiligten.²⁰ Die Notwendigkeit, „unlautere Elemente auszustoßen“ und die Zuverlässigkeit der Angehörigen des Polizeilichen Hilfsdienstes, ihr Vorleben und ihre politische Einstellung zu überprüfen, begegnet einem in den Schriftstücken aus dem Nachlass Rudolf Hautmanns immer wieder.²¹

Ein weiterer Reibungspunkt war die oft mangelnde Bereitschaft der Bezirkspolizeichefs, die Autorität der seit 17. April 1945 eingerichteten zentralen Leitung des Polizeilichen Hilfsdienstes anzuerkennen. Es kostete Hautmann einige Mühe, hier selbstherrliche Eigenmächtigkeiten abzustellen, den Informationsfluss von unten nach oben in Gang zu bringen und den Polizeiverantwortlichen in den Bezirken die Notwendigkeit der Übermittlung täglicher genauer Berichte klar zu machen.²²

Am 19. April 1945 wies Bürgermeister Körner Polizeichef Hautmann das Gebäude des niederösterreichischen Landhauses in der Herrngasse 13 als Dienstsitz zu. Dort fand am Tag darauf eine Besprechung zwischen ihm und Hauptmann Komarow statt, bei der man folgende Richtlinien festlegte: 1) Schaffung eines zentralen Kadern für den Polizeilichen Hilfsdienst; 2) Maßnahmen zur Gewährung von Ruhe und Ordnung, Schutz vor Plünderungen; 3) Eruierung, Namhaftmachung und Festsetzung der aktiven Nationalsozialisten im Einvernehmen mit den sowjetischen Bezirkskommandanturen; 4) Überprüfung des



„Tag der Volkssolidarität“ am 17. Juni 1945 in Wien: Aufmarsch des Österreichischen Freiheitsbataillons vor dem Parlament. 1. Reihe (von l.n.r.): Peter Hofer, Leopold Stancl, 2. Reihe (von l.n.r.): Ernst Wexberg, Zalel Schwager, Emanuel Edel.

politischen und moralischen Vorlebens der Bezirkspolizeichefs und ihrer Mitarbeiter, Entfernung Untauglicher und nicht Einwandfreier, 5) Inangriffnahme der Bewaffnung, Uniformierung und Löhnung aller aktiven Polizisten.²³

Ferner wurde beschlossen, Betriebe und wichtige Wirtschaftsobjekte durch einen betriebspolizeilichen Hilfsdienst zu schützen. Die Bezirkspolizeichefs wurden von Hautmann aufgefordert, „nicht zu schematisieren und zu bürokratisieren, sondern stets mit ihren Aufgaben nach außen zu treten und mit der Bevölkerung in guter Fühlung zu bleiben“.²⁴

Alle Hilfspolizisten erhielten Dienstlegitimationen und in vorläufiger Ermangelung einer Uniform eine Armbinde mit der Aufschrift „Polizeilicher Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien“ in deutscher und russischer Sprache.²⁵

In rascher Folge wurden verschiedene polizeiliche Abteilungen gebildet, so am 23. April 1945 eine „Alarmabteilung“ mit ständiger Einsatzbereitschaft in der Stärke von 400 Mann. Sie hatte ihren Standort in der Hofburg.²⁶

Der am 25. April 1945 gegründete „Fahndungsdienst“ als Vorläufer der Staatspolizei²⁷ begann mit der Erfassung, Registrierung und Ausforschung der in Wien verbliebenen Nationalsozialisten, um eine „schlagkräftige Verhaftungswelle“ zu ermöglichen. Zu verhaften waren gemäß der Anweisung Hautmanns „öffentliche NS-Mandatare, führende Nazis, SS-Leute, SA-Leute, Angehörige der Gestapo und Leute, die als Denunzianten tätig gewesen sind. Einfache Mit-

glieder, die sich loyal verhalten, bleiben unangetastet.“²⁸ Insgesamt verhaftete der Polizeiliche Hilfsdienst bis 21. Mai 1945 an die 2.000 Nationalsozialisten, von denen 120 Fälle für ein Verfahren vor dem Volksgericht reif waren.²⁹

Der Polizeiliche Hilfsdienst der Monate April, Mai und Juni 1945 konnte unter den damals waltenden Umständen kein bloßes Organ exekutiver Gewalt im traditionellen Sinne sein. Die Bevölkerung erwartete von ihm auch Hilfe und Unterstützung bei der Lösung der brennenden Fragen des täglichen Lebens. Der Nachlass Hautmann ist voll von Schreiben mit Bitten um Zuweisung von Leibwäsche, Schuhen, Lebensmitteln, Geschirr und Möbeln, um Auszahlung von Überbrückungsgeldern und Gehaltsvorschüssen, um Beistand bei Wohnungsansuchen usw. Diese Kleinarbeit für die Notleidenden war in der unmittelbaren Nachkriegssituation mindestens ebenso wichtig wie die eigentliche polizeiliche Tätigkeit. So erließ Hautmann aufgrund eines Übereinkommens mit den Vertretern der *Volkssolidarität* und der *Zentralregistratur für die Opfer des Naziterrors* die Anweisung Nr. 27 vom 5. Juni 1945, nach der die Bezirkspolizeileiter für eine Soforthilfe für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen Entlassenen durch Verabreichen einer Mahlzeit in den Bezirksküchen der Polizei zu sorgen hatten.³⁰

Mitte Mai 1945 belief sich der Personalstand des Polizeilichen Hilfsdienstes in den 26 Wiener Gemeindebezirken auf etwa 7.200.³¹ Zum Zweck der Unifor-

mierung wurden ihm von der Roten Armee 5.000 Hosen und 3.000 Blusen zur Verfügung gestellt, die aus beschlagnahmten deutschen Militär- und Polizeibeständen stammten.³² Nach Vereinbarung zwischen Polizeichef Hautmann und der Wiener Ankerbrotfabrik erhielten die Hilfspolizisten eine tägliche Brotration von 25 bis 50 Dekagramm zugeteilt. Weiters wurden für sie Gemeinschaftsküchen eingerichtet. Schließlich gelang es auch, die Gehaltsfrage zu regeln. Jeder Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes, vom Chef bis zum einfachen Wachmann, bekam für die Monate April und Mai einen Gehaltsvorschuss in der Höhe von jeweils 150 Reichsmark ausbezahlt.³³

Die Etappe des Polizeilichen Hilfsdienstes, in die ja auch die Bildung der Renner-Regierung, die Betrauung Honners mit dem Innenressort und die Rückkehr österreichischer Kommunisten aus Jugoslawien, den Konzentrationslagern und Gefängnissen fiel, war ein entscheidender Abschnitt bei der Wiederherstellung geordneter polizeilicher Verhältnisse in Wien. Das Verdienst Rudolf Hautmanns, eines einfachen Arbeiters, dem der historischen Sieg des Jahres 1945 über den Faschismus dazu verhalf, jählings in eine hohe Staatsfunktion aufsteigen zu können, bestand darin, buchstäblich aus dem Nichts das Grundgerüst für den einheitlichen Polizeidienst in Wien geschaffen zu haben. Deshalb blieb er auch in der Folgezeit an leitender Stelle tätig und war bis zu seinem Tod im Jahr 1970 einer der führenden Repräsentanten der Kommunisten in der Wiener Polizei.

Die Wiedererrichtung der Polizeidirektion Wien

Mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht nachdrücklich betriebenen Konstituierung der Dreiparteienregierung unter Staatskanzler Karl Renner, die es als Aufgabe ansah, „die demokratische Republik Österreich wiederherzustellen und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten“,³⁴ wurde auch der Rückgriff auf die polizeilichen Verwaltungsstrukturen festgelegt, wie sie vor 1933 bestanden. Das Provisorium des Polizeilichen Hilfsdienstes fand de jure sein Ende, als am 13. Mai 1945 das Verfassungs-Überleitungsgesetz in Kraft trat, nach dem die Bundesverfassung in der Fassung von 1929 neuerlich wirksam wurde.³⁵ De facto existierte der Polizeiliche Hilfsdienst bis 13. Juni 1945 weiter, als man die Wiedererrichtung der Bundespolizeidirektion Wien kund-

machte.³⁶ Zuvor war er noch am 29. April 1945 ganz im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden, als Hilfspolizisten in Zivilkleidung mit Armbinden beim feierlichen Staatsakt der Amtsübernahme der Renner-Regierung den Dienst vor dem Parlamentsgebäude versahen.

Im Kabinettsrat wurde nun die Frage akut, wer der neue Polizeipräsident sein sollte. Honner schlug zunächst Hautmann, dann Dürmayer vor.³⁷ Das scheiterte am Widerstand der SPÖ- und ÖVP-Regierungsmitglieder, nicht zuletzt auch an Renner selbst, dem als eingefleischten Verfechter des staatsreuen Berufsbeamtentums Experimente mit „Unerfahrenen“ suspekt waren. Honner einigte sich dann mit den anderen Parteien auf die Person Pamers und brachte diesen Vorschlag in der 8. Sitzung des Kabinettsrats am 22. Mai 1945 ein, in der er zum Beschluss erhoben wurde.³⁸

Dr. Ignaz Pamer, bereits 79 Jahre alt, war von 1911 bis 1923 Zentralinspektor der Wiener Sicherheitswache und von 1923 bis 1930 Polizeivizepräsident gewesen. Seither im Ruhestand, wurde er nun als Verkörperung des Typus des altösterreichischen Beamten und fachkundigen loyalen Staatsdieners reaktiviert. Honner bedang sich aber gleichzeitig eine Paketlösung bei der Besetzung der anderen höheren Posten in der Wiener Polizeidirektion aus, die auch von allen akzeptiert wurde.

Sie sah so aus, dass folgende Mitglieder der KPÖ ab 13. Juni 1945 in der Wiener Polizei an leitender Stelle tätig waren: Othmar Strobel als Polizeivizepräsident; Dr. Heinrich Dürmayer als Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung; Rudolf Hautmann als Leiter der Administrativ-Polizeilichen Abteilung; Zalel Schwager als stellvertretender Vorstand der Präsidialabteilung; Moritz Fels-Margulies als Vorstand des Kulturreferats und Vorsitzender der Fachgruppe „Polizeiverwaltung“ im Österreichischen Gewerkschaftsbund; Dr. Emanuel Edel als Polizeichefärzt; Major Peter Hofer als 1. Stellvertreter des Generalinspektors der Sicherheitswache; und Anna Grün als Leiterin des Amtes für Polizeifürsorge.³⁹ Um kein verzerrtes Bild zu vermitteln, sei hier festgehalten, dass es in der Polizeidirektion Wien damals 33 zentrale Ämter gab, 25 davon also mit ÖVPlern, SPÖlern und Parteilosen besetzt waren.⁴⁰

Zur Kompromisslösung des Honner'schen Gesamtpakets gehörte auch, dass der Großteil der Angehörigen des ehemaligen Polizeilichen Hilfsdienstes – etwa 6.800 Personen – in den Personal-

stand der nunmehrigen Polizeidirektion übernommen und in den Exekutivapparat eingegliedert wurde.⁴¹ Diese Zahl steht scheinbar in Widerspruch zur Angabe von den 1.527 Polizeikommunisten, die Honner im November 1945 machte. Man muss aber berücksichtigen, dass keineswegs alle Hilfspolizisten Kommunisten waren und – noch in der Ära Honner – 4.000 Sicherheitswachleute und 800 im Kriminaldienst Beschäftigte wegen mangelnder Eignung ausgeschieden wurden. Dazu kamen, ebenfalls noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, 3.700 Polizisten und 266 Kriminalbeamte, die den Polizeidienst freiwillig wieder verließen und sich anderen Berufsmöglichkeiten zuwandten. „Mit Rücksicht auf die rasch zusammenschmelzenden Personalstände wurden schon in der zweiten Hälfte 1945 fast 6.000 Beamte neu in den Dienst gestellt, darunter auch eine große Anzahl langgedienter Kräfte, die allmählich aus den westlichen Bundesländern zurückgekehrt waren.“⁴²

Dennoch war der Anteil der KommunistInnen in der wiedererrichteten Wiener Polizeidirektion des Jahres 1945 sehr hoch: Unter den Kriminalbeamten gehörten über die Hälfte der KPÖ an, und von den 27 Bezirkspolizeikommissariaten hatten, bevor die Westmächte am 1. September 1945 ihre Besatzungszonen in Wien übernahmen, 17 kommunistische Leiter.⁴³

Dürmayer und die Staatspolizei

Die wichtigste Machtdomäne der KPÖ in der Polizeidirektion Wien war jedoch die Abteilung I, die Staatspolizei. Ihr führender Mann, Dr. Heinrich Dürmayer, Häftling in Mauthausen, das am 5. Mai 1945 von US-Truppen befreit wurde, traf drei oder vier Tage später in Wien ein, wo ihn Honner sofort mit der Leitung des Fahndungsdienstes des Polizeilichen Hilfsdienstes betraute.⁴⁴ In dieser Eigenschaft saß er gemeinsam mit Hautmann in der Herrengasse 13, war aber Honner direkt unterstellt. Die Umorganisation des Fahndungsdienstes zur Staatspolizei erfolgte am 11. Juni 1945, die Eingliederung als Abteilung I in die Polizeidirektion Wien am 13. Juni.⁴⁵ Dienstsitz Dürmayers und der Staatspolizei war fortan das Gebäude in Wien I., Deutschmeisterplatz 3.

Der Personalstand der Abteilung I umfasste im Jahr 1946 679 Beamte und Angestellte, darunter 204 Frauen.⁴⁶ Gegliedert war die Staatspolizei 1945 in das Staatspolizeiliche Büro mit den Refera-



Othmar Strobel (1908–1963), Vizepräsident der Polizeidirektion Wien 1945–1953.

ten a) Kriegsverbrecher, b) Säuberung, c) Information, d) Abwehr; in das Pressebüro; das Vereinsbüro; das Passamt; und in die Fremdenpolizei.⁴⁷ Später kamen das Referat für Arbeitslager, das Personalbüro, das juristische Büro, die Zentralevidenz, die Bezirksgruppenzentrale mit Staatspolizeigruppen in allen Wiener Gemeindebezirken und die Staatspolizeiabteilung beim Volksgericht dazu.⁴⁸

Neben Dürmayer wirkten folgende Kommunisten in der Abteilung I als Referatsleiter: Dr. Max Umschweif als Leiter des Staatspolizeilichen Büros, später auch als Leiter der Referate „Wirtschaftsverbrechen“ und „Säuberung“ (Umschweif stand in der Hierarchie an zweiter Stelle nach Dürmayer); Valentin Strecha als (kurze Zeit) stellvertretender Leiter der Staatspolizei, später als Leiter des Referats „Überwachung“; Leo Jansa als Leiter des Referats „Kriegsverbrecher“; Hans Marsalek als Leiter des Referats „Abwehr“; Ferdinand Berger als Leiter des Referats „Information“; Heinrich Tutsch als Leiter der Bezirksgruppenzentrale, später als Leiter des Referats „Arbeitslager“; Karl Hinterlehner als Leiter des Personalbüros; Harry Oster als Leiter des Sekretariats; und Kurt Hacker als persönlicher Sekretär Dürmayers.⁴⁹

Alle Genannten waren entweder ehemalige Spanienkämpfer und/oder KZ-Häftlinge bzw. wegen ihrer Widerstandstätigkeit von NS-Gerichten zu Zuchthausstrafen Verurteilte. Das galt auch für viele andere Angehörige der Staatspolizei, was Dürmayer in seinen jährlichen Tätigkeitsberichten an den Polizeipräsidenten und an Innenminister Helmer



Legitimation der Polizeidirektion Wien für Anna Grün als Leiterin des Fürsorgereferats, unterzeichnet von Polizeipräsident Ignaz Pamer.

stets besonders herausstrich. Danach saßen, die verbüßten Haftzeiten zusammengezählt, 165 Personen, darunter neun Frauen, 498 Jahre im KZ oder im Gefängnis. Weitere 44 Staatspolizisten hatten in Spanien, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und in den Reihen der Roten Armee mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft.⁵⁰

Eine zentrale Aufgabe und eine der größten Leistungen der Dürmayer'schen Staatspolizei war die Fahndung nach NS-Verbrechern und die Sicherung von Beweismaterial (NS-Karteien, NS-Akten, Arisierungsakten usw.) Zu diesem Zweck schuf man, wie schon erwähnt, eine Staatspolizeiabteilung bei den Volksgerichten, die die Verbindung zur Staatsanwaltschaft herstellte.⁵¹ Im November 1945 befanden sich in den Arbeits- und Anhaltelagern der Staatspolizei (eines befand sich in der Geiselbergstraße, ein anderes auf der Simmeringer Haide im 11. Bezirk) 1.340 Nationalsozialisten, von denen aber ein Teil schon bald wegen Geringfügigkeit der Vergehen und mangels an Beweisen freigelassen, der andere Teil entweder den Alliierten oder den österreichischen Volksgerichten zur Aburteilung übergeben wurde. Der Stand sank dadurch Ende Dezember 1945 auf 590 und im Jänner 1946 auf 418.⁵² 1946 verhafteten die Staatspolizeiorgane weitere 1.371 NS-Verbrecher, von denen man 1.161 den Gerichten einlieferte.⁵³ Der Arrestantenstand fiel bis zum 31. Dezember 1946 auf 35 Personen, dann wurden die Ar-

beits- und Anhaltelager der Abteilung I der Polizeidirektion Wien aufgelöst.

Die Schwierigkeiten, die Dürmayer zu überwinden hatte, waren enorm, sowohl in materieller als auch in personeller Hinsicht. Es gab anfänglich in den Amtsräumen der Staatspolizei zu wenig Telefone, kaum Schreibmaschinen, ja nicht einmal genügend Schreibpapier, keine Büroeinrichtungen und kein geschultes Büropersonal. „Nur wenige wussten, wie Akten anzulegen sind, wie diese aussehen sollten, welche Erfordernisse für ein Protokoll notwendig sind, was ein Amtsvermerk ist, wie ein Haft- oder Hausdurchsuchungsbefehl aussehen soll, wie eine Hausdurchsuchung oder Verhaftung durchzuführen ist.“⁵⁴ Dürmayers Mitarbeiter waren zudem durch die Haftzeiten in den Konzentrationslagern und Gefängnissen gesundheitlich schwer angeschlagen. „Laut ärztlicher Atteste sind fast alle Beamten der Staatspolizei untergewichtig und unterernährt, einige Beamte sind sogar an Tuberkulose erkrankt. Trotzdem werden weiterhin freiwillig zehntausende Überstunden geleistet, jetzt im Winter, mangelhaft bekleidet und ernährt, wobei festgestellt werden muss, dass den Häftlingen in den verschiedenen Haftanstalten wärmere Zellen zur Verfügung stehen, als unseren Beamten Diensträume, denn letztere sind nur mangelhaft verglast und ungeheizt.“⁵⁵

Dürmayer, ein promovierter Jurist, fand sich in seinem neuen Wirkungskreis und der umfangreichen wie komplizierten Materie der polizeilichen Gesetzes-

bestimmungen und Dienstvorschriften schnell zurecht. 1946 ernannte ihn Helmer zum Oberpolizeirat, 1947 zum Wirklichen Hofrat. Aber auch die anderen, gänzlich unerfahrenen Referatsleiter wuchsen bald zu tüchtigen Beamten heran und spezialisierten sich auf bestimmte Bereiche. So gab es in dem von Umschweif geleiteten Referat für „Säuberung“ vier Mitarbeitergruppen, die sich mit Wirtschaftssäuberung, mit der Säuberung von Ämtern und Behörden, mit der Verfolgung von Großaristokraten und der Banken- und Safekontrolle beschäftigten.⁵⁶

Es ist leicht zu begreifen, dass solche Ermittlungen (z.B. zählte der Bestand der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, der die Arisierungen umfasste, fast 30.000 Akten)⁵⁷ bei den Betroffenen in Wirtschaft und Politik auf keine Gegenliebe stießen und der Druck dieser Kreise, das „Kommunistennest“ in der Staatspolizei auszuräuchern, stetig zunahm. Überhaupt war das Insiderwissen, zu dem die kommunistischen Staatspolizisten bei ihren Nachforschungen gelangten, etwas, was die Kollaborateure und Profiteure der NS-Herrschaft aus der etablierten „besseren“ Gesellschaft schwer störte. Das Vorgehen gegen Dürmayer ließ auch nicht mehr lange auf sich warten.

Das Revirement im September 1947

Dürmayer und der SPÖ-Innenminister Oskar Helmer standen sich in unüberwindlicher politischer und persönlicher Abneigung gegenüber. Dürmayer trachtete an Unterlagen heranzukommen, die das (tatsächlich zwielichtige) Verhalten Helmers in der NS-Zeit aufklären sollten,⁵⁸ während Helmer nur auf die erste Gelegenheit wartete, um Dürmayer ausschalten zu können. In diesen erbitterten verdeckten Kampf war noch – gegen ihren Willen – eine dritte Person einbezogen: der als Nachfolger Pamers seit 20. Juli 1946 amtierende Wiener Polizeipräsident Dr. Arthur Klausner.

Klausner, 60 Jahre alt und parteilos, war ebenso wie Pamer ein altgedienter Polizeibeamter aus der Ersten Republik und ein international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Banknotenfälschung. Gegenüber den Kommunisten in der Wiener Polizei verhielt er sich indifferent und für den Geschmack Helmers zu vorsichtig.

Die Situation eskalierte, als Dürmayer am 24. Juni 1947 die Verhaftung von drei Personen durch die Staatspolizei bekannt gab, weil sie einen Bombenanschlag auf das sowjetische Siegesdenkmal auf dem Schwarzenbergplatz



Heinrich Dürmayer (1905–2000), Leiter der Abteilung I (Staatspolizei) 1945–1947.

(damals offiziell „Stalinplatz“) geplant hatten.⁵⁹ Helmer sah darin eine vom russischen Element gemeinsam mit Dürmayer eingefädelte Intrige zu dem Zweck, in der sowjetischen Zone Wiens eine eigene Polizeidirektion unter der Leitung Dürmayers einzurichten (was völlig aus der Luft hergeholt war). Die Verhaftung erfolgte aber tatsächlich begründet, denn zwei der drei Personen wurden am 6. Jänner 1948 in einem Volksgerichtsprozess zu fünf bzw. drei Jahren verschärften Kerkers verurteilt.⁶⁰

Das stellte sich allerdings erst heraus, nachdem Helmer den Schlag gegen Dürmayer geführt hatte. Als Anlass diente ihm die Weigerung Dürmayers, mit dem Sektionsrat Dr. Franz Mayer, den Helmer im März 1947 als seinen Vertrauensmann auf den Stellvertreterposten in die Staatspolizei eingeschleust hatte, weiter zusammenzuarbeiten und das von Dürmayer über Mayer verhängte Verbot, die Amtsräume künftig zu betreten.

Helmer verfügte mit sofortiger Wirkung die Versetzung Dürmayers zur Polizeidirektion Salzburg und erteilte – angeblich – Klausner den Auftrag, Dürmayer das Versetzungsdekret auszuhändigen. Dieser meldete sich jedoch – angeblich – krank, sprich: er sei zu feige gewesen, das zu tun.⁶¹ Klausner wurde daraufhin am 3. September 1947 seines Amtes enthoben und durch den Branddirektor von Wien, Josef Holaubek, ersetzt. An die Stelle Dürmayers, der den Posten in Salzburg nicht antrat und sofort von sich aus den Polizeidienst quittierte, berief Helmer den Ministerialrat Dr. Oswald Peterlunger.

Die Vorgänge erregten ungeheures Aufsehen, und die bürgerlichen Blätter

feierten im Verein mit der *Arbeiter-Zeitung* Helmer als großen, sich der sowjetischen Besatzungsmacht und dem übermäßigen kommunistischen Einfluss in der Wiener Polizei mutig widersetzenen Helden. Auch der äußere Ablauf der Affäre wird bis heute so dargestellt, wie er in den Erinnerungen von Helmer und Schärf beschrieben ist.

Völlig unbekannt ist aber, dass Klausner eine ganz andere Sicht der Dinge lieferte, als er am 22. Jänner 1953 beim Verwaltungsgerichtshof eine Beschwerde gegen das Innenministerium wegen seiner Versetzung in den endgültigen Ruhestand einbrachte. Er führte darin aus, dass er „der Koalitionspolitik zum Opfer gebracht wurde, die es verlangt, dass Ämter nach Parteizugehörigkeit besetzt werden“. Es sei 1947 „von der Regierung gewünscht worden“, dass Dürmayer „einem der ÖVP nahe stehenden Beamten weiche“, worauf die SPÖ „im Austausch den Posten des Polizeipräsidenten für sich verlangte“. Er sei zwar tatsächlich in einem vierwöchigen Krankenurlaub gewesen, als er aber „frisch und gesund zurückkehrte“, habe er am 3. September 1947 durch das Radio erfahren, dass er „wegen Krankheit in den Ruhestand versetzt und an seiner Stelle der Branddirektor Holaubek designiert“ worden sei.⁶²

Wir halten Klausners Behauptung, wonach das große Revirement des September 1947 in der Wiener Polizeidirektion auf einem schon Monate vorher vereinbarten, geheimen Deal zwischen ÖVP und SPÖ beruhte, für weit glaubwürdiger. Auffällig ist auch, dass Klausners Amtsführung völlig unbedankt blieb und über seine Person sofort ein dichter Mantel des Schweigens und Vergessens gebreitet wurde, ein Zustand, an dem sich bis dato nichts geändert hat. Klausner ist nach wie vor der unbekannteste aller Wiener Polizeipräsidenten.

Für die Kommunisten in der Wiener Polizei war die Enthhebung Dürmayers zweifellos ein schwerer Verlust. Er war ein Mann mit großen Fähigkeiten und Verdiensten, den man längst schon jenseits ideologischer Ressentiments einmal biographisch würdigen sollte. Mit ihm verließen auch Referatsleiter wie Umschweif und Jansa die Staatspolizei, weitere (Marsalek, Strecha, Berger, Hinterlehner, Tutsch, Hacker) wurden in der Folgezeit auf andere Polizeidienststellen versetzt. Dennoch blieb die kommunistische Präsenz in der Staatspolizei weiter stark. Da sie sich aber nur mehr auf die mittleren und unteren Beamtenränge erstreckte, erschien sie fortan ungefährlich.

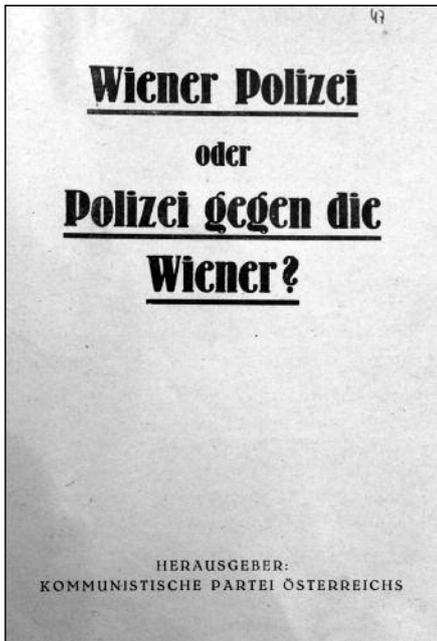
Selbstverständlich hat die sowjetische Besatzungsmacht gegen die Ausschaltung Dürmayers Protest eingelegt. Eine Möglichkeit auf der Basis des 2. Kontrollabkommens vom 28. Juni 1946, die Bundesregierung zur Rücknahme zu zwingen, besaß sie aber nicht. Die österreichische Regierung und alle untergeordneten österreichischen Behörden, ergo auch die Wiener Polizeidirektion, hatten Anweisungen auszuführen, die sie von der Alliierten Kommission insgesamt, d.h. einhellig von allen Vieren befürwortet, empfangen (Artikel 1 a). Nur dann, wenn es keinen entsprechenden Beschluss des Alliierten Rates gab, konnte jede Besatzungsmacht eigenständig handeln, jedoch nur in ihrer Besatzungszone (Artikel 2 d).⁶² Genau das sollte im Polizeibereich der sowjetischen Zonenbezirke in Wien wirksam werden.

Kommunistische Bezirkspolizeileiter

Am 1. September 1945 rückten Truppen der Westmächte in Wien ein und übernahmen vereinbarungsgemäß ihre Zonen. Für die Polizeidirektion Wien ergab das eine neue und durch die bestehenden Bezirks- und Außengrenzen der österreichischen Hauptstadt nicht gerade einfacher gewordene Lage. Das Stadtgebiet Wiens war nämlich das des von den NS-Machthabern 1938 geschaffenen „Reichsgaues“, mit dem man darauf abgezielt hatte, durch eine enorme Flächenvergrößerung Wien wieder zu einer Zwei-Millionen-Metropole zu machen. Andererseits waren die alliierten Siegermächte übereingekommen, Wien nur in den Grenzen vierfach zu besetzen, wie sie vor dem Anschluss bestanden.

Die Bundesregierung ebenso wie die Bundesländer Wien und Niederösterreich trachteten danach, die überzogene und ganz unorganische Stadterweiterung der NS-Zeit rückgängig zu machen. Der Nationalrat und die beiden Landtage beschlossen im Juni 1946 ein entsprechendes Gebietsänderungsgesetz, das aber infolge sowjetischen Vetos nicht in Kraft treten konnte. Erst 1954 stimmte das russische Element der Rückgliederung der eingemeindeten Gebiete an Niederösterreich zu.

Das bedeutete, dass bis 1954 neben den sowjetischen Zonenbezirken 2, 4, 10, 20, 21 und 22 auch die Bezirke 23 (Schwechat), 24 (Mödling), 25 (Liesing) und 26 (Klosterneuburg) russisch besetzt waren. Analog gab es 26 Bezirkspolizeikommissariate, in Wirklichkeit 27, weil der 2. Bezirk polizeimäßig traditionell



Wahlkampfbroschüre der KPÖ 1945

aus den Kommissariaten Leopoldstadt und Prater bestand.

Die Anwesenheit der Amerikaner, Briten und Franzosen seit September 1945 führte (nicht überall, aber großteils) dazu, dass kommunistische Kommissariatsleiter in deren Zonenbezirken abgelöst und durch politisch genehmere Polizeibeamte ersetzt wurden. Ein Sonderfall war der 1. Bezirk, die Innere Stadt, das politische Zentrum Wiens mit allen Regierungsgebäuden. Hier einigte man sich, den Bezirk vierfach zu verwalten und den Vorsitz monatlich rotieren zu lassen.

Die Situation im Polizeibereich auf Gemeindebezirksebene war also kompliziert, auch deshalb, weil die Alliierten die personelle Besetzung der Kommissariatsleitungen aus Gründen, die schwer durchschaubar sind, politisch nicht konsequent handhabten. Die Franzosen in ihrem 16. Bezirk ließen es ebenso wie die Amerikaner in ihrem 17. Bezirk zu, dass ein Kommunist mehrere Jahre als Kommissariatsleiter amtierte, während die Russen offenbar nichts dagegen hatten, dass im Kommissariat Prater niemals ein Kommunist und im 26. Bezirk die längste Zeit kein Parteigänger der KPÖ als Leiter saß. Im heiklen 1. Bezirk fanden sich die Westmächte gar damit ab, dass der Posten des Kommissariatsleiters zwei Jahre lang mit einem Kommunisten besetzt war.

Die Machtpositionen der Kommunisten in den zentralen Ämtern der Polizeidirektion Wien hatten durch die Enthebung Dürmayers eine empfindliche Einbuße erlitten und sich auf zwei reduziert: auf Othmar Strobel als einen der beiden Vizepräsidenten (neben dem

ÖVP-Mann Heinrich Hüttl) und auf Rudolf Hautmann als Leiter der Abteilung III, die als „Evidenzabteilung“ 1947 durch Abtrennung verschiedener Ämter aus der Administrativ-Polizeilichen Abteilung entstanden war. Der Polizeivizepräsident konnte jedoch nicht als einflussreicher Posten bezeichnet werden, und die Ämter, die dem 1946 zum Polizeirat ernannten Hautmann unterstanden (Zentralmeldungsamt, Strafreisregisteramt, Korrespondenzbüro und Fundamt), gehörten nicht zur politisch empfindlichen Sphäre.⁶⁴

Machtpositionen, und zwar erhebliche, weil aus dem Besatzungsstatut resultierend, blieben aber die Leitungen der Bezirkspolizeikommissariate. Alphabetisch gereiht bekleideten folgende KPÖ-Angehörige diese Posten: Ferdinand Berger als Leiter des Kommissariats (Koat) Brigittenau 1954/55; Josef Csarman als Leiter des Koat Leopoldstadt 1945–1955; Anton Dobritzhofer als Leiter des Koat Floridsdorf 1946–1950; Moritz Fels-Margulies als Stadthauptmann von Floridsdorf 1954/55;⁶⁵ Kurt Armand Frisch als Leiter des Koat Innere Stadt 1948–1950; Max Goldberger als Leiter des Koat Mödling 1946/47 und des Koat Wieden 1947–1953; Ludwig Gruber als Leiter des Koat Hernals 1945–1950 und des Koat Donaustadt 1950–1955; Rudolf Hautmann als Stadthauptmann von Favoriten 1954/55; Gerhard Paul Herrnstadt als Leiter des Koat Wieden 1954/55; Johann Hertl als Leiter des Koat Floridsdorf 1950–1954; Alois Hladecek als Leiter des Koat Ottakring 1945–1954; Peter Hofer als Leiter des Koat Liesing 1950–1955; Johann Neumayr als Leiter des Koat Mödling 1947–1954; Vinzenz Seiser als Leiter des Koat Favoriten 1945–1954; und Otto Spitz als Leiter des Koat Brigittenau 1945–1953.⁶⁶

Grundsätzlich war es so, dass sich der Polizeipräsident bei der Ernennung eines Bezirkspolizeileiters mit den alliierten Besatzungsinstanzen ins Einvernehmen setzen und deren Genehmigung einholen musste. Als 1954 die Nachfolge des Kommissariatsleiters von Favoriten, Vinzenz Seiser, anstand, berichtete Holaubek in einem Schreiben an Innenminister Helmer, dass er dafür wahlweise den Hofrat Walchshofer, die Oberpolizeiräte Sattler und Matzenauer sowie den Polizeirat Konhäuser (alle vier keine Kommunisten, H.H.) bei der Militärkommandantur des 10. Bezirks namhaft gemacht habe. Dies sei abgelehnt und erst sein Vorschlag, Rudolf Hautmann zu ernennen, akzeptiert worden.⁶⁷

Auch Neubestellungen, Versetzungen und Entlassungen von Wachleuten, Kriminal- und Konzeptsbeamten mussten vorher von den Besatzungsbehörden genehmigt werden. Dies wurde anfänglich von allen vier Mächten strikt verlangt, später nur mehr von sowjetischer Seite. Weisungen der Polizeidirektion an die Kommissariatsleiter wurden häufig, wenn z.B. das sowjetische Bezirkskommando diese anwies, sie wegen drohender Verletzung sowjetischer Interessen nicht zu befolgen. Polizeibeamte aus anderen Besatzungssektoren durften im fremden Bezirk ohne Genehmigung der Ortskommandantur keine Amtshandlungen vornehmen. Desgleichen untersagte die russische Seite, Polizeibeamte ihrer Zone in anderen als den sowjetisch kontrollierten Bezirken einzusetzen. Über alle Amtshandlungen und Vorkommnisse im Bezirk musste den Besatzungsorganen laufend Bericht erstattet werden, wobei die sowjetischen Stellen die Weitermeldung an die Polizeidirektion von ihrer Genehmigung abhängig machten und manchmal auch untersagten.⁶⁸

Wiewohl das alles vom Prinzip her mit den Bestimmungen des 2. Kontrollabkommens im Einklang stand und Helmer wie Holaubek stets betonten, dass österreichische Behörden und ihre Organe verpflichtet seien, Weisungen und Aufträge, die von den zuständigen alliierten Dienststellen aufgrund des Kontrollabkommens gegeben werden, gewissenhaft auszuführen, kollidierte das oft mit österreichischen Gesetzen und geltenden polizeilichen Vorschriften. Als sich das Klima unter den Besatzungsmächten im Schatten des Kalten Krieges zwischen 1947 und 1952 verschlechterte, sollte sich das auch auf das Verhältnis der Polizeidirektion zu den Bezirkskommissariaten in der sowjetischen Zone auswirken.

Gewerkschaftsarbeit

Die Polizeikommunisten waren von Anfang an in der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten (später umbenannt in „Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ – GÖD) sehr aktiv und setzten sich engagiert für die Gehalts- und Dienstrechtsinteressen ihrer Kollegen ein. Im Oktober 1946 prangerte eine Vollversammlung der gewerkschaftlich organisierten kommunistischen Polizeiangehörigen an, dass „die gegenwärtige Lage der Beamten und Angestellten unerträglich geworden ist“ und forderte „von den zuständigen Regierungsstellen sofortige Abhilfe“.⁶⁹ Beklagt wurden die niedrigen Monatsgehälter von 180 bis 250

Schilling, mit denen die einfachen Polizeibediensteten „ihre dringendsten Bedürfnisse wie Kleider, Wäsche und Schuhe für sich und ihre Familien nicht decken können“. Für weibliche Polizeiangeestellte, die einen eigenen Haushalt führten, forderte man die Gewährung eines dienstfreien Tages im Monat und die Aushändigung einer Lebensmittelzusatzkarte.⁷⁰

Als die Lohn- und Preispakete der Jahre 1947 bis 1950 zu Preiserhöhungen der wichtigsten Bedarfsartikel führten, hinter denen die Anhebung der Löhne und Gehälter zurückblieb, setzten sich die in der „Gewerkschaftlichen Einheit“ organisierten Polizeikommunisten für ein gehaltliches Nachziehverfahren, die Verdoppelung der Haushalts- und Kinderzulagen, die Verdoppelung der Reisegebühren und die Auszahlung eines 13. Monatsgehalts ein.⁷¹ Gegen die ÖGB-Führung, „die jeden Auftrag der Parteivorstände der ÖVP und SPÖ in devotester Weise durchführt und keine [...] unabhängige Gewerkschaftspolitik betreibt“, wurde scharf polemisiert.⁷²

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die kommunistischen Polizeigewerkschafter es waren, von denen die Forderung nach dem – uns heute selbstverständlich erscheinenden – 13. und später auch 14. Monatsgehalt für die öffentlich Bediensteten ausging, ein Verlangen, das die Bundesregierung erst nach längerem Zögern erfüllte, dann aber von ihr als ihre eigene große Erregung gefeiert wurde.

Zu den führenden KPÖ-Angehörigen in der Sektion Exekutive der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten zählten Moritz Fels-Margulies, Karl Ithaler, Ludwig Schuster, Rudolf Steiner, Johann Kouril und Karl Szukop. Sie drängten, wie die KPÖ generell, auf die Durchführung demokratischer Urwahlen in die Gewerkschaftsgremien. Diese fanden, als seltene Ausnahme innerhalb der Teilgewerkschaften des ÖGB, am 6. März 1951 bei den öffentlichen Angestellten tatsächlich statt und brachten ein Aufsehen erregendes Ergebnis.

Zur Erläuterung muss vorausgeschickt werden, dass es (noch) keine Personalvertretungswahl war, sondern eine Gewerkschaftswahl, bei der nur Gewerkschaftsmitgliedern die Wahlberechtigung und Wählbarkeit zukam. Das Resultat ist deshalb insofern für die KPÖ überproportional, weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Polizeikommunisten faktisch bei 100 Prozent lag, damit über dem der SPÖ- und weit über dem der ÖVP-Bediensteten. Interessant

ist, dass die SPÖ-Gewerkschafter in der Exekutive sich dazu hergaben, mit den ÖVPlern eine gemeinsame Liste zu bilden, wohl aus dem Grund, um im Zeichen der koalitionsären Regierungspartnerschaft ein Wahldesaster der schwach organisierten ÖVP zu vermeiden.

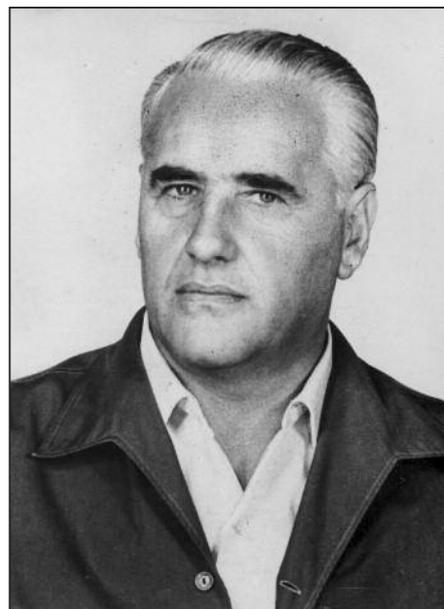
Es kandidierten somit zwei Listen, die *Liste der öffentlich Bediensteten* (SPÖ und ÖVP) und die *Liste der Gewerkschaftlichen Einheit* (KPÖ). Auf letzterer schienen auch 96 „fortschrittliche Gewerkschafter“ aus den Reihen der Sozialisten auf, was stolz vermerkt wurde.⁷³

Das Ergebnis der Gewerkschaftswahl in der Polizeidirektion Wien vom 6. März 1951 erbrachte für die Kommunisten in der Sektion „Sicherheitswache“ einen Anteil von 16,4 Prozent (1.124 Stimmen gegen 5.714 der anderen), in der Sektion „Kriminalbeamte“ einen von 34,9 Prozent (317 gegen 590), in der Sektion „Polizeipräsidium“ einen von 20,3 Prozent (23 gegen 90) und in der Untersektion „Staatspolizei“ gar einen von 46,2 Prozent (31 gegen 36).⁷⁴

Die bürgerliche Presse geriet darob in helle Empörung und griff vor allem Helmer heftig an. Tenor: Jetzt sei er seit sechs Jahren Innenminister, aber noch immer tummeln sich so viele Kommunisten in der Wiener Polizei herum. Sich rechtfertigend, verwies Helmer in einer Erklärung darauf, dass der größte Teil der 1945 in die Polizei aufgenommenen Kommunisten „bereits ausgeschieden werden konnte“⁷⁵ (was nur für frühere Angehörige des Polizeilichen Hilfsdienstes galt), aber ein „nicht unbeträchtlicher Teil“ in ein festes Dienstverhältnis übernommen worden und daher durch das bestehende Dienstrecht geschützt sei. Zur Beschwichtigung der Kritiker fügte Helmer hinzu, dass sicherlich nicht alle, die für die *Gewerkschaftliche Einheit* stimmten, Kommunisten seien, und dass zum Wahlergebnis die „finanziell schlechte Stellung der Wachebeamten“ (!) beigetragen habe.⁷⁶

Das Wahleresultat kam – wohl gemerkt – ein halbes Jahr *nach* den Streikunruhen des September/Oktobers 1950 zustande, in deren Gefolge man kommunistische Polizeigewerkschafter wie Fels-Margulies, Steiner, Kouril u.a. aus dem ÖGB ausschloss. (Später wurden sie wieder aufgenommen.)

Auch danach, bis weit in die 1970er Jahre hinein, blieb die Gewerkschaftsarbeit eines der Hauptbetätigungsfelder der Polizeikommunisten. Sie gaben dazu seit 1952 ein eigenes Organ mit dem Titel *Der demokratische Polizeibeamte* heraus,



Moritz Fels-Margulies (1910–1964), 1945/46 Leiter des Kulturreferats der Polizeidirektion Wien.

das bis zum 26. Jahrgang 1978 existierte.⁷⁷ Bei Personalvertretungswahlen bekamen wegen ihres großen Einsatzes für die Gehalts- und Dienstrechtsinteressen kommunistische Sicherheitswachebeamte wie Adolf Jarolim, Leopold Bud-schedl und Leopold Hauber, Kriminalbeamte wie Johann Kouril, Ludwig Schuster und Rudolf Steiner sowie die in der Verwaltung tätigen Kommunisten Johann Höllisch und Karl Szukop noch viele Jahre nach dem Staatsvertrag das Vertrauen ihrer Kollegen ausgesprochen.⁷⁸

Auf dem Höhepunkt der Konfrontation

Wir sind auf die Gewerkschaftsaktivitäten auch aus dem Grund eingegangen, weil sie beim Streik 1950 eine große Rolle spielten. Wie alle Beamten hatten auch die Polizeikommunisten bei ihrem Dienstantritt das Gelöbnis abzulegen gehabt, „der demokratischen Republik Österreich treu und gehorsam zu sein“, deren „Gesetze unverbrüchlich zu beobachten“ und den „dienstlichen Anordnungen der Vorgesetzten Gehorsam zu leisten“. Diese Treuepflicht geriet in den September-Oktober tagen 1950 unvermeidlich in Widerspruch zur politischen Gesinnung und Parteinahme für die Ziele der streikenden Arbeiterschaft und obendrein noch in Widerspruch zu dem von der ÖGB-Führung über die Ausstandsbewegung verhängten Verdikt als „gewerkschaftlich nicht gebilligt“ und „wild“.

Als eine Delegation kommunistischer Polizeigewerkschafter am 30. September 1950 bei der Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf erschien, nahm das die Poli-



Rudolf Hautmann (1907–1970) in der Polizeiratsuniform (1968)

zeidirektion zum Anlass, gegen sie Disziplinarverfahren einzuleiten mit der Begründung, dass ihnen „bekannt sein musste, dass es sich bei dieser Konferenz um eine gegen die Regierung gerichtete Aktion handelte“. ⁷⁹ Weiteres Öl ins Feuer goss der von der Betriebsrätekonferenz an die Beamten der Polizei und Gendarmerie gerichtete Aufruf, in dem es hieß: „Lasst euch unter keinen Umständen gegen die Arbeiter und Angestellten missbrauchen. In diesen Tagen kämpft die österreichische Arbeiterschaft und mit ihr das ganze werktätige Volk gegen den Preistreiberpakt, der auch euch eine Verschlechterung der Lebenslage bringen soll [...]. Lasst euch nicht gegen die Arbeiter und Angestellten missbrauchen; sie kämpfen gegen ein hinter dem Rücken des Volkes ausgehandeltes Abkommen, das auch euren Familien das Leben unerträglich machen würde. Wenn man euch gegen Streiks und Demonstrationen, die notwendig werden können, um den Pakt zu Fall zu bringen, einsetzen will, so antwortet, dass eure Aufgabe in einem demokratischen Staat darin besteht, die Sicherheit gegenüber dem kriminellen Verbrechertum zu schützen und nicht darin, das Volk niederzuknuppeln.“ ⁸⁰

An der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz hatten der Leiter des Kommissa-

riats Innere Stadt, Kurt Armand Frisch, der Polizeirat Moritz Fels-Margulies, die Polizeioberkommissäre der Staatspolizei Hans Marsalek und Kurt Hacker, die Kriminalbeamten Johann Kouril und Rudolf Steiner sowie weitere sechs kommunistische Kriminalbeamte teilgenommen. ⁸¹ Gegen sie fanden Verfahren vor der Disziplinarkommission der Polizeidirektion Wien statt, die aber großteils und peinlicherweise nicht so endeten, wie man es erwartet hatte.

Im Erkenntnis gegen den Kriminalbeamten Franz Schuh wurde angeführt: „Es erscheint durchaus begreiflich, dass Krb. Schuh als Vertrauens-

mann der seiner Fraktion angehörigen Gewerkschaftsmitglieder der Abteilung I an der Betriebsrätekonferenz in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik interessiert war und diese daher besuchen wollte, wozu ihm als Vertrauensmann *eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann*, zumal er an diesem Tage dienstfrei war und über seine Freizeit verfügen konnte.“ ⁸² Und im Erkenntnis gegen den Kriminalrevierinspektor Johann Kouril hieß es: „Da es sich hierbei (bei der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz, H.H.) jedoch um *eine von der Behörde nicht untersagte Versammlung gehandelt hat*, konnte der Senat in der Teilnahme an einer solchen kein den Bestimmungen der Dienstpragmatik zuwiderlaufendes Verhalten erblicken und dies im gegenständlichen Fall umso weniger, als der zur damaligen Zeit noch offiziell als Vorsitzender der Gewerkschaft der öffentlich Angestellten fungierende Beschuldigte *zugestandenmaßen berechtigterweise annehmen konnte*, durch die Teilnahme daran *gewerkschaftliche Pflichten, zu deren Erfüllung er vom Dienste freigestellt war, zu besorgen*.“ ⁸³

In beiden Fällen erfolgte ein *Freispruch*, was nur so erklärt werden kann, dass die geschulten Polizeijuristen der Disziplinarkommission die Propaganda-

behauptung von der „Illegalität“ der Betriebsrätekonferenz und generell vom „kommunistischen Putschversuch“ nicht teilten.

Man behalf sich deshalb mit Sanktionen anderer Art: Kurt Armand Frisch wurde seines Postens als Leiter des Kommissariats Innere Stadt enthoben (was hier unter den besonderen Bedingungen der gemeinsamen Viermächteverwaltung möglich war) und dem Verkehrsamt zugeteilt, Marsalek und Hacker von der Staatspolizei in die Bezirkskommissariate Alsergrund und Innere Stadt versetzt. ⁸⁴

Am schärfsten spitzten sich aber in den Streiktagen 1950 die Gegensätze zwischen der Polizeidirektion und den kommunistischen Polizeileitern der sowjetischen Zonenbezirke zu. Anordnungen des Polizeipräsidenten wurde keine Folge geleistet, wenn man der Meinung war, dass sie Rechte der russischen Bezirkskommandanturen beeinträchtigten; nichtkommunistische Kriminalbeamte, die von der Polizeidirektion mit Erhebungen im Zusammenhang mit den Streikunruhen beauftragt worden waren, setzte man außer Dienst und nahm ihnen Amtszeichen und Waffen ab; für die Streikenden wurde in den Kommissariaten mit Wissen der Leiter Geld gesammelt und auf die nichtkommunistischen Polizeibeamten Druck ausgeübt, sich an den Spenden zu beteiligen. ⁸⁵

Das Innenministerium verfügte daraufhin am 1. November 1950 „wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung“ über die Bezirkspolizeileiter Josef Csarmann (Leopoldstadt), Max Goldberger (Wieden), Otto Spitz (Brigittenau), Johann Hertl (Floridsdorf) und Peter Hofer (Liesing) die Außerdienststellung. ⁸⁶ Merkwürdigerweise waren das nicht alle: Vinzenz Seiser (Favoriten), Alois Hladecek (Ottakring), Ludwig Gruber (Donaustadt) und Johann Neumayr (Mödling) blieben ausgenommen.

Nun schritt die sowjetische Besatzungsmacht ein. Der Stadtkommandant, Oberst Pankratow, erteilte Holaubek den Auftrag, die Dienstenthebungen der Polizeileiter nicht durchzuführen und die disziplinarischen Maßnahmen gegen sie sowie die in Untersuchung gezogenen Kriminalbeamten einzustellen. ⁸⁷ Dem musste man sich beugen: die vom Dienst suspendierten kommunistischen Bezirkspolizeileiter und Kriminalbeamten blieben weiterhin im Amt, die Disziplinarverfahren wurden eingestellt. Als (real ganz wirkungslose) Trotzreaktion tat die Bundesregierung so, als ob die Kommissariatsleiter für sie nicht mehr vorhanden

wären und ließ ihre Namen aus den Österreichischen Amtskalendern der Jahrgänge 1951 und danach löschen.

Betrachtet man die Streikunruhen von 1950, soweit sie Wien betrafen, insgesamt, so muss festgestellt werden, dass die Besatzer, egal ob Russen oder Amerikaner, Briten und Franzosen, große Zurückhaltung übten, nicht eingriffen und die Vorgänge als „innerösterreichische Angelegenheit“ betrachteten. Offenbar waren sie der Ansicht, dass der von der Bundesregierung an die Wand gemalte drohende Umsturz nicht bevorstand. Erst als mit dem Vorgehen gegen die kommunistischen Kommissariatsleiter das russische Element die aus dem Kontrollabkommen resultierenden Befugnisse in seinen Zonenbezirken gefährdet und verletzt sah, wurde Klartext geredet und die Bundesregierung, Innenminister Helmer und Polizeipräsident Holaubek in die Schranken gewiesen.

An dieser Stelle ist es nötig, die Haltung Holaubeks zu charakterisieren. Bei aller Treue zur politischen Linie seiner Partei erkannte er nüchtern die Grenzen, die dem Handlungsspielraum der Wiener Polizeidirektion durch das Besatzungsstatut auferlegt waren, und trat, im Unterschied zu Helmer, gegenüber den Polizeikommunisten nicht als der große Scharfmacher hervor, weder vor, noch in, noch nach den Ereignissen von 1950. Dies fiel sofort auf, und der *ÖVP-Presse* dienst vom 10. Oktober 1950 attackierte ihn, dass er „die eindeutigen Befehle seiner Vorgesetzten, insbesondere des Innenministers Helmer, wohl nicht zu umgehen, aber immerhin zu verwässern versucht“ habe und „sichtlich bemüht sei, keine Auseinandersetzung mit den Kommunisten heraufzubeschwören“.⁸⁸

Der Vorwurf war zwar übertrieben, insofern aber die Realität widerspiegelnd, als Holaubek trotz der politischen Gegensätze die Gesprächsbasis mit den Polizeikommunisten nicht abreißen ließ und auf diese Weise, durch Kompromisse, die bis 1955 ohnehin absolut notwendig waren, unter außergewöhnlichen Zeitumständen sicherlich bessere Ergebnisse für das Funktionieren der Wiener Polizeiverwaltung erzielte als bei einem anderen Vorgehen. Es war eben nicht so, dass die kommunistischen Polizeiangehörigen andauernd nur an Ungehorsam dachten. Sie waren in ihrer überwiegenden Mehrheit loyale Beamte, erfüllten ihre Dienstpflichten, leiteten in der Regel sehr gut ihre Ämter und klärten z.B. als Kriminalbeamte viele Verbrechen auf, wofür sie Belobigungen und finanzielle



Kommunistische Polizeibeamte am Mai-Aufmarsch der KPÖ im Jahr 1955.

1. Reihe von links nach rechts: Josef Csarmann, Rudolf Hautmann, Ludwig Schuster, Peter Hofer und Moritz Fels-Margulies.

Gratifikationen erhielten.⁸⁹ Diese Seite ihrer Tätigkeit darf bei dem, was 1950 geschah und im Geschichtsbild über sie im Zeichen des Vorwurfs als „Mitmacher beim Putschversuch“ dominiert, nicht vergessen werden – und auch Holaubek hat sie in seinem Verhalten ihnen gegenüber immer mit in Rechnung gestellt.

Der Staatsvertrag und seine Folgen

Die Periode von 1950 bis 1955 war durch zwei widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet: einerseits durch eine sichtliche Beruhigung des gespannten Verhältnisses zwischen Polizeidirektion und Polizeikommunisten, andererseits durch ämterorganisatorische Rationalisierungsmaßnahmen Holaubeks, mit deren Hilfe es gelang, die Beseitigung der beiden letzten kommunistischen Bastionen im Polizeipräsidium auf relativ geräuschlose Art über die Bühne zu bringen.

Im September 1953 trat der neue Organisationsplan in Kraft, der nur mehr einen Polizeivizepräsidentenposten statt bisher zwei festlegte.⁹⁰ Dem zum Opfer fiel Othmar Strobel, zu dem Zeitpunkt bereits ein schwer kranker Mann, der die Funktion nur mehr sporadisch ausüben konnte. Der Protest der KPÖ, dessen Zentralkomitee Strobel angehörte, hielt sich deshalb in Grenzen, und die sowjetische Seite reagierte darauf überhaupt nicht.

Mit der zweiten Maßnahme, der Verringerung der Abteilungen von vier auf drei durch erneute Zusammenlegung der Evidenz- mit der Administrativ-Polizeilichen Abteilung, deren Leitung der Wirkliche

Hofrat Dr. Johann Hornegg übernahm, musste Rudolf Hautmann das Feld räumen. Er fungierte seit 16. September 1953 nur mehr als Stellvertreter Horneggs – auch hier blieben Proteste aus.

Wie Holaubek dennoch seiner Wertschätzung für die Leistungen eines Polizeikommunisten Ausdruck geben konnte, verdeutlicht das Schreiben, das er aus diesem Anlass an „den sehr geehrten Herrn Polizeirat“ Hautmann richtete. Es hieß darin: „Sie haben seit Juli 1945 die Abteilung III der Bundes-Polizeidirektion Wien in vorbildlicher Weise geleitet und wesentlichen Anteil an ihrem Aufbau und ihrem klaglosen Funktionieren genommen. Anlässlich Ihres durch die Auflösung der Abteilung bedingten Scheidens von dieser Stelle spreche ich Ihnen für die geleistete Arbeit meine vollste Anerkennung und meinen aufrichtigsten Dank aus.“⁹¹

Auch bei den kommunistischen Bezirkspolizeileitern traten ab 1953 Veränderungen ein, die Ausdruck einer neuen, konzilianteren Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber der Polizeidirektion waren. Die Kommandantur willigte im Juni 1953 ein, dass Max Goldberger (Wieden) und Otto Spitz (Brigittenau) durch die Polizeioberkommissäre Dr. Gerhard Paul Herrnstadt und Ferdinand Berger ersetzt wurden, die „obwohl Kommunisten, als loyale Beamte gelten, die Weisungen ihrer vorgesetzten Dienststelle befolgen“.⁹² Die kommunistische *Volksstimme* strich die beiden Ernennungen mit Genugtuung heraus und bezeichnete sie, etwas über-



Kommunistische Polizeibeamte am Mai-Aufmarsch der KPÖ im Jahr 1958. Transparentträger links Benno Stier, rechts Hans Balogh; in der 1. Reihe von links: Rudolf Steiner, Ludwig Schuster, Rudolf Hautmann und Leopold Hauber, in der 2. Reihe von links: Gerhard Paul Herrnstadt, daneben Ferdinand Berger.

zogen, als Zeichen dafür, dass „nun auch fortschrittliche Polizeileiter von Helmer akzeptiert werden“.⁹³

Unter die Rubrik „Entspannung“ fiel weiters die Berufung von Polizeirat Dr. Moritz Fels-Margulies auf den Leitungsposten des Kommissariats Floridsdorf anstelle von Johann Hertl am 3. Februar 1954, denn seiner Person hatte man wegen des gewerkschaftlichen Engagements in den September-Oktober tagen 1950 bis dahin starke Aversionen entgegengebracht.⁹⁴ Zuletzt bereitete Holoauebek Rudolf Hautmann, zu dem er stets ein gutes persönliches Verhältnis hatte, eine Art Wiedergutmachung, indem er ihn am 9. Dezember 1954 zum Stadthauptmann des Kommissariats Favoriten bestellte.⁹⁵

Mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955, in dem der Abzug der Besatzungsmächte bis 25. Oktober festgelegt wurde, stand fest, dass die Polizeikommunisten nun auch ihre letzten Machtpositionen, die der Bezirkskommissariatsleiter, räumen mussten. Der Rundumschlag der Enthebungen erfolgte in den Augusttagen 1955. Ludwig Gruber (Donaustadt) wurde zum Verkehrsamt, Gerhard Paul Herrnstadt (Wieden) in das Sicherheitsbüro, Ferdinand Berger (Brigittenau) zum Kommissariat Innere Stadt, Peter Hofer (Liesing) zum Korrespondenzbüro, Moritz Fels-Margulies (Floridsdorf) zum Verkehrsamt und Rudolf Hautmann (Favoriten) zum Passamt versetzt.⁹⁶ Josef Csarman (Leopoldstadt), der kein Beamter, sondern Vertrags-

bediensteter war, schied freiwillig aus dem Polizeidienst aus, Alois Hladecek (Ottakring) war schon 1954 in das Sicherheitsbüro versetzt worden, und Johann Neumayr (Mödling) gehörte der Polizeidirektion Wien seit 1954, als die Rückgliederung dieses Bezirks an Niederösterreich vollzogen wurde, ohnehin nicht mehr an.

Die gewesenen Kommissariatsleiter Berger, Fels-Margulies, Gruber, Hautmann, Herrnstadt und Hofer ließen die Enthebung nicht stumm über sich ergehen, sondern legten, vertreten durch den kommunistischen Rechtsanwalt Dr. Kurt Regner, Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein. Die Begründung lautete, dass die Enthebung „ausschließlich deshalb getroffen worden sei, weil sie Mitglieder der Kommunistischen Partei Österreichs seien und irgendwelche sachlichen Gründe, die ihre Entfernung vom bisherigen Posten rechtfertigen würden, nicht vorliegen“. Damit seien sie „im dem Rechte der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und in dem Rechte der öffentlichen Angestellten auf ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte verletzt worden.“⁹⁷

Der Verfassungsgerichtshof unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Zigeuner wies die Beschwerde am 14. Oktober 1955 zurück und führte aus, dass ihnen, weil sie Beamte seien, „bloß ein Dienstbefehl erteilt wurde, dem sie sich, weil ihnen die Unversetzbarkeit durch keine gesetzliche Norm gewährleistet ist, kraft der mit der Anstellung übernommenen

Pflichten fügen müssen“. Die Versetzung bedeute außerdem keine dienststrangmäßige Veränderung, sondern „lediglich die Zuweisung eines anderen Arbeitsplatzes, die mit einer dienstrechtlichen Beeinträchtigung nicht verbunden ist“.⁹⁸

Das war eine formaljuristisch sicherlich richtige Interpretation. In der beruflichen Realität bestand aber zwischen der bisherigen Leitungsposition als Vorgesetzter von Polizeibeamten und der nunmehrigen untergeordneten Stellung ein großer Unterschied. Einige Amtsleiter, denen sie jetzt als Konzeptsbeamte zugeteilt waren, ließen ihren politischen Rachegefühlen freien Lauf und behandelten sie in bisweilen erniedrigender Weise, indem sie ihnen aus Bosheit schlechte Dienstbeurteilungen wie „befriedigend“ oder gar „minder entsprechend“ ausstellten. (Schon ein „gut“ galt im Beamtenleben als höchst unerfreuliche Abqualifikation.) Andere Vorgesetzte hingegen nahmen von Schikanen Abstand, verhielten sich korrekt und schätzten die polizeilichen Fähigkeiten, die sie sich im Lauf der Jahre erworben hatten.

Mit den Versetzungen, die auch bei den meisten anderen Polizeikommunisten im Sommer/Herbst 1955 einander förmlich jagten, war die Gefahr, die aus der Sicht Helmers – und der Herrschenden in Österreich überhaupt – wegen ihrer Präsenz in der Exekutive an leitenden Stellen bestand, endgültig gebannt. Der Umgang mit ihnen, die nun allesamt Untergebene ihrer Dienstleiter waren, normalisierte sich und nahm oft sogar kollegiale Formen an.

Im Sommer 1955 geschahen aber auch noch andere Dinge, die mit den Beziehungen zusammenhingen, die einige Polizeikommunisten zum Geheimdienst der sowjetischen Besatzungsmacht gepflogen hatten und die sich im fluchtartigen Verlassen Österreichs Richtung DDR äußerten. Das war bei den Gebrüdern Albert und Egon Schlesinger, bei Max Goldberger und bei dem Kriminalbeamten Georg Winterer der Fall. Darauf und auf die sehr wichtigen Aktivitäten der kommunistisch dominierten *Kulturvereinigung der Polizeibediensteten* kann hier mangels Platz nicht mehr eingegangen werden. Der Verfasser beabsichtigt aber, diese Themen in späteren Ausgaben der *Mitteilungen* zu behandeln.

Ende und Resümee

An der Gesamtzahl der Polizeikommunisten änderten die Enthebungen und Versetzungen im Gefolge des Staatsvertrages vorerst kaum etwas. Laut einer

Meldung der *Arbeiter-Zeitung* waren im Sommer 1955 noch etwa zehn Prozent der rechtskundigen Konzeptsbeamten, zehn Prozent der Sicherheitswachebeamten und 20 Prozent der Kriminalbeamten Mitglieder der KPÖ.⁹⁹ Den deutlichsten Beleg dafür lieferte Jahr für Jahr die Demonstration der KPÖ am 1. Mai auf der Wiener Ringstraße, bei der traditionell am Ende des Zuges ein starker Block hinter dem Transparent „Fort-schrittliche Polizeibeamte“ bzw. „Parteiorganisation Polizei“ aufmarschierte.

Erst in den 1960er und 1970er Jahren ging die Zahl durch Pensionierungen und Tod allmählich zurück. 1964 starb Moritz Fels-Margulies, 1970 Rudolf Hautmann, die beide die anerkannten Führungspersönlichkeiten der Polizeikommunisten gewesen waren. Während die Ungarn-Ereignisse 1956 nur zu einigen wenigen Parteiaustritten führten, vermehrte sich diese Form der Abkehr in Reaktion auf die Haltung der KPÖ zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und danach. Insgesamt aber zeigten die Polizeikommunisten eine bemerkenswerte Parteitreu.

Die Gewissheit der Polizeidirektion, dass die Unerbittlichkeit der Zeit und des Alterns die Zahl der Kommunisten, die fast alle 1945 in den Polizeidienst eingetreten waren, verringern musste, schlug sich in einem erträglichen und ruhigen Modus Vivendi der Beziehungen und in längst fälligen Beförderungen in höhere Dienstränge (zumeist kurz vor dem Eintritt in den Ruhestand) nieder. In den 1980er Jahren endete mit dem Ausscheiden der letzten kommunistischen Polizeibeamten ein Kapitel der Zweiten Republik, das eine einzigartige Besonderheit darstellt.

Österreich ist 1945 mit seiner Unabhängigkeitserklärung auf dem Boden des antifaschistischen Grundkonsenses wiedererstanden. Die Wiener Polizei war der *einzig* Bereich der gesamten staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, in dem nach 1945 in unserem Land der wirkliche Anteil der KommunistInnen am Kampf gegen die Hitlerdiktatur und für die Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Österreich angemessen zum Ausdruck kam. Die starke Vertretung von KPÖ-Angehörigen unter den Beamten der Wiener Polizeidirektion war daher in jeder Hinsicht gerechtfertigt.

Anmerkungen:

1/ Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957.

2/ Adolf Schärf, April 1945 in Wien, Wien 1948; Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945, Wien 1950; Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1955; Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1963.

3/ Richard Hiscocks, *The Rebirth of Austria*, London 1953; deutsche Ausgabe: *Österreichs Wiedergeburt*, Wien 1954; William Lloyd Stearman, *Die Sowjetunion und Österreich 1945–1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen*, Bonn–Wien–Zürich 1962; William B. Bader, *Austria between East and West 1945–1955*, Stanford 1966; ähnlich auch das Buch von Sven Allard, *Diplomat in Wien. Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken um den österreichischen Staatsvertrag*, Köln 1965.

4/ Ulrike Wetz, *Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945*, phil. Diss., Wien 1971; Gerald Theimer, *Die Wiener Staatspolizei in den Jahren 1945–1947*, phil. Diss., Wien 1995.

5/ Hans Hautmann, 30 Jahre nach der Befreiung – Der Wiederaufbau der Wiener Polizei, in: *Weg und Ziel*, Wien, Jg. 1975, Nr. 4; Hans Hautmann, *Der Polizeiliche Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien im Jahr 1945*, in: *Quellen & Studien 2000. Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien 2000; Manfred Mugrauer, *Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner*, Innsbruck–Wien–Bozen 2006.

6/ *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1945, S. 2.

7/ Statistiken für den 13. Parteitag der KPÖ 1946, Zentrales Parteiarchiv der KPÖ (ZPA).

8/ Josef Holabek, *Der schwierige Personalaufbau in der Wiener Polizei*, in: *Öffentliche Sicherheit*, Wien, 19. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 2.

9/ Valentin Strecha, *Widerstand für Österreich = Biographische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung*, Band 1, Wien 1988, S. 171.

10/ Folgende Jahrgänge der Personal-Standesverzeichnisse der Bundespolizeidirektion Wien wurden eingesehen: Für den Verwaltungsbereich 1949, 1950, 1952, 1954, 1958, 1959, 1961, 1962, 1963, 1965, 1970 und 1976; für die Kriminalbeamten 1950, 1951, 1954, 1955, 1958, 1959, 1961, 1965, 1969 und 1976; für die leitenden und dienstführenden Sicherheitswachebeamten 1955 und 1968. Personal-Standesverzeichnisse für die Jahre 1945 bis 1948 existieren nicht. Sie enthalten selbstverständlich keine Angaben über die Parteizugehörigkeit und nur in den ersten Jahrgängen Angaben zu den Dienststellen, denen die Beamten zugeteilt waren.

11/ 80 Jahre Wiener Sicherheitswache. Herausgegeben von der Bundespolizeidirektion Wien, Wien 1949, S. 122f. und 134.

12/ Wilfried Aichinger, *Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945*, phil. Diss., Wien 1977, S. 136.

13/ Schreiben von Franz Honner an Polizeichef Rudolf Hautmann vom 7.5.1945, Nachlass Rudolf Hautmann, im Besitz des Verfassers.

14/ Liste der in Aussicht genommenen Fachkräfte und Ressortleiter der Polizei vom 26.4.1945, NL Hautmann.

15/ Gesetz vom 22. August 1945 zur Wiederherstellung des österreichischen Beamtentums (Beamten-Überleitungsgesetz), Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich (StGBI.), Jg. 1945, Nr. 134, verlautbart am 30. August 1945.

16/ Ebd. § 6, Absatz 1.

17/ Friedl Fűrberg, *Österreichische Freiheitsbataillone – Österreichische Nation*, Wien 1975, S. 29; Willibald Ingo Holzer, *Die österreichischen Bataillone im Verbands der NOV i POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz*, phil. Diss., Wien 1971.

18/ Hautmann, *Der Polizeiliche Hilfsdienst*, a.a.O., S. 281.

19/ Zu seiner Biographie siehe: ebd., S. 278f. und [http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Hautmann_\(senior\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Hautmann_(senior)) [1.4.2012].

20/ Zehn Jahre Bundes-Polizeidirektion Wien in der Zweiten Republik, in: *Öffentliche Sicherheit*, 20. Jg., Nr. 7, Juli 1955, S. 2.

21/ NL Hautmann, *Dokumente* 1, 6, 15.

22/ Anweisung Hautmanns Nr. 12 vom 7.5.1945 an die Bezirkspolizeichefs der Bezirke 1–26, NL Hautmann.

23/ Protokoll über die Sitzung vom 20.4.1945, NL Hautmann. Dieses Protokoll sowie weitere 25 Dokumente aus dem Nachlass sind abgedruckt bei: Hautmann, *Der Polizeiliche Hilfsdienst*, a.a.O., S. 299–346.

24/ Ebd.

25/ Anweisung Hautmanns Nr. 2 vom 25.4.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–21, NL Hautmann.

26/ Bericht über die Arbeit der Polizeiabteilung Burg an Polizeichef Hautmann, o.D. [Anfang Mai 1945], NL Hautmann.

27/ Wetz, a.a.O., S. 188.

28/ Anweisung Hautmanns Nr. 3 vom 25.4.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–21, NL Hautmann.

29/ Bericht „Bisherige Maßnahmen gegen Nationalsozialisten“ und Bericht des Polizeilichen Hilfsdienstes, Ende Mai 1945, NL Hautmann. Siehe dazu auch den Projektbericht „Die Rolle der österreichischen Sicherheitsverwaltung bei der Wiederherstellung eines demokratischen und unabhängigen Staates nach 1945“ von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider, Wien, Dezember 2000, darin die Ausführungen zum „Beitrag der Sicherheitsexekutive zur Ahndung von NS-Gewaltverbrechen in den Jahren 1945 bis 1948“. Der Projektbericht liegt im Dokumentationsarchiv des österreichi-

- schen Widerstandes in Wien auf.
- 30/ Anweisung Hautmanns Nr. 27 vom 4.6.1945 an die Polizeichefs der Bezirke 1–26, NL Hautmann.
- 31/ Hautmann, Der Polizeiliche Hilfsdienst, a.a.O., S. 320.
- 32/ 80 Jahre Wiener Sicherheitswache, a.a.O., S. 148.
- 33/ Verordnung über die Zahlung von Gehaltsvorschüssen vom 16.5.1945, NL Hautmann.
- 34/ Unabhängigkeitserklärung („Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs“) vom 27. April 1945, StGBI. 1945, Nr. 1.
- 35/ StGBI. 1945, Nr. 4. Das Gesetz wurde auf den 1. Mai 1945 zurückdatiert, aber am 13. Mai von der Regierung beschlossen und verkündet.
- 36/ Siehe das Faksimile der Kundmachung in: Günther Bögl/Harald Seyrl, Die Wiener Polizei im Spiegel der Zeiten. Eine Chronik in Bildern, Wien 1993², S. 216.
- 37/ Schärf, Österreichs Erneuerung, a.a.O., S. 146.
- 38/ Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 (29. April 1945 bis 10. Juli 1945), hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jerabek und Leopold Kammerhofer, Horn–Wien 1995, S. 125f.
- 39/ Wetz, a.a.O., S. 359f.
- 40/ Ersichtlich ist die Zahl der Ämter aus einem Organisationsschema der Polizeidirektion Wien des Jahres 1946, das sich im ZPA der KPÖ befindet.
- 41/ Neues Österreich, 13.6.1945.
- 42/ Die Zahlenangaben finden sich bei: Holoubek, a.a.O., S. 1.
- 43/ Wetz, a.a.O., S. 360.
- 44/ Theimer, a.a.O., S. 47.
- 45/ Heinrich Dürmayer, Bericht über die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der staatspolizeilichen Abteilung vom April bis 31. Dezember 1945 (Jahresbericht 1945), S. 2, ZPA. Der Bericht umfasst 20 maschineschriebene Seiten und ist in seinem Informationsgehalt von seltener Güte.
- 46/ Heinrich Dürmayer, Jahresbericht 1. Jänner 1946 – 31. Dezember 1946 (Jahresbericht 1946), S. 1, ZPA. Der Bericht umfasst 22 hektographierte Seiten.
- 47/ Amtsblatt der Polizeidirektion Wien. Nur für den inneren Dienstbetrieb, 1. Jg., Nr. 1, 21.8.1945, S. 4.
- 48/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 7.
- 49/ Organisationsschema der Polizeidirektion Wien – Abteilung I, o.D. [1946], ZPA.
- 50/ Jahresbericht 1946, a.a.O., S. 6.
- 51/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 16.
- 52/ Theimer, a.a.O., S. 85.
- 53/ Jahresbericht 1946, a.a.O., S. 7.
- 54/ Jahresbericht 1945, a.a.O., S. 3.
- 55/ Ebd., S. 6.
- 56/ Ebd., S. 7.
- 57/ Bericht Dürmayers an die Polizeidirektion Wien vom 29.11.1945, S. 1, ZPA.

- 58/ Siehe dazu: Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, Wien 1993.
- 59/ Wetz, a.a.O., S. 381.
- 60/ Neues Österreich, Österreichische Volksstimme, Arbeiter-Zeitung und Wiener Tageszeitung, 7.1.1948.
- 61/ Helmer, a.a.O., S. 237.
- 62/ Anlage zu einem Schreiben Dürmayers an den Generalsekretär der kommunistischen Fraktion der Staatsangestellten Karl Ithaler vom 23. Jänner 1953 mit einem Bericht über die Ausführungen des Rechtsvertreters von Klausner, Dr. Rudolf Skrein, vor dem Verwaltungsgerichtshof, ZPA, Sammlung „Kulturvereinigung der Polizeibediensteten“.
- 63/ Abgedruckt ist das 2. Kontrollabkommen bei Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz–Wien–Köln, S. 344–349.
- 64/ Zu den damaligen personellen Ämterbesetzungen der Polizeidirektion Wien siehe: Österreichische Behörden. Nach dem Stande vom 1. Jänner 1948, Wien 1948, S. 310ff.; Österreichischer Amtskalender, Jahrgänge 1949 bis 1955 unter Wien – Sicherheitswesen.
- 65/ Der Titel „Stadthauptmann“ kam nur jenen Kommissariatsleitern zu, die einen hohen Beamtenrang hatten, und zwar vom Polizeirat aufwärts.
- 66/ Die Daten sind den Personal-Standesverzeichnissen der Polizeidirektion Wien, den Österreichischen Amtskalendern und den Personenordnern des Schnitarchivs der „(Österreichischen) Volksstimme“ im ZPA der KPÖ entnommen. Für einige Personen können keine genauen, sondern nur vermutete Zeitangaben ihrer Amtstätigkeit gemacht werden, weil die beiden ersteren Quellen für die Jahre 1945 bis 1948 fehlen.
- 67/ Schreiben Holoabeks vom 9.12.1954 an das Bundesministerium für Inneres, Personalakt Rudolf Hautmann, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien.
- 68/ Wetz, a.a.O., Kapitel „Einmischung der Besatzungsmächte in den polizeilichen Dienstbetrieb und Beschränkung der polizeilichen Befugnisse“, S. 499ff.
- 69/ Resolution vom 15.10.1946, ZPA, Sammlung.
- 70/ Ebd.
- 71/ Flugblatt der Liste der Gewerkschaftlichen Einheit vom Februar 1951, ZPA, Sammlung.
- 72/ Ebd.
- 73/ Flugblatt „Kolleginnen und Kollegen“ der Gewerkschaftlichen Einheit, Anfang März 1951, ZPA, Sammlung.
- 74/ Der öffentliche Bedienstete, Wien, Jg. 1951, Nr. 4; Wiener Zeitung und Neue Wiener Tageszeitung, 9.3.1951.
- 75/ Arbeiter-Zeitung, 10.3.1951.
- 76/ Ebd.; ähnlich auch Die Presse, 10.3.1951 und Neues Österreich, 27.4.1951.



- 77/ Exemplare der Zeitschrift befinden sich im ZPA der KPÖ.
- 78/ Schnitarchiv der „Volksstimme“ im ZPA.
- 79/ Spruch des Verfassungsgerichtshofes vom 29.3.1952 in der Causa Johann Kouril, ZPA, Sammlung.
- 80/ Abgedruckt bei: Fritz Klenner, Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen, Wien o.J. [1951], S. 51.
- 81/ Wetz, a.a.O., S. 396 und 402.
- 82/ Erkenntnis der Disziplinarkommission der Bundes-Polizeidirektion Wien in der Causa Franz Schuh vom 28.11.1950, ZPA, Sammlung, Hervorhebung H.H.
- 83/ Erkenntnis der Disziplinarkommission der Bundes-Polizeidirektion Wien in der Causa Johann Kouril vom 29.11.1950, ZPA, Sammlung, Hervorhebungen H.H.
- 84/ Wetz, a.a.O., S. 401 und 403.
- 85/ Ebd., S. 398.
- 86/ Ebd., S. 401.
- 87/ Wiener Zeitung, 12.11.1950; Wiener Kurier, 20.11.1950; Die Presse, 24.11.1950.
- 88/ ÖVP-Pressedienst, 10.10.1950, S. 3, ZPA, Sammlung.
- 89/ Beispiele dafür enthält der Personalakt Walter Winterberg im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, in dem es von „sehr guten“ Dienstbeurteilungen, Anerkennungs schreiben Holoabeks und Remunerationen für die Dingfestmachung von Verbrechern nur so wimmelt.
- 90/ Wetz, a.a.O., S. 418.
- 91/ Schreiben Holoabeks an Hautmann vom 16.9.1953, NL Hautmann.
- 92/ Die Presse und Wiener Kurier, 10.6.1953.
- 93/ Österreichische Volksstimme, 10.6.1953.
- 94/ Amtsblatt der Bundes-Polizeidirektion Wien, 10. Jg. 1954, Nr. 3, S. 1.
- 95/ Ebd., 11. Jg. 1955, Nr. 1, S. 1.
- 96/ Ebd., 11. Jg. 1955, Nr. 22, S. 1; Nr. 23, S. 2; Nr. 24, S. 1.
- 97/ Beschluss des Verfassungsgerichtshofes über die Beschwerde des Polizeirates Rudolf Hautmann vom 14.10.1955, Personalakt Hautmann, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien.
- 98/ Ebd.
- 99/ Arbeiter-Zeitung, 30.7.1955.

Namensliste von KPÖ–Angehörigen in der Wiener Polizei

Abkürzungen:

K = Kriminalpolizei

S = Sicherheitswache

V = Verwaltungsdienst

Ackermann, Georg (V)	Gradl, Josef (V)	Kvasnicka, Rudolf (S)	Sebesta, Martha (V)
Altmann, Egon (K)	Graf, Franz (V)	Landauer, Hans (K)	Seiser, Vinzenz (V)
Balogh, Johann (V)	Greiner, Johann (K)	Landsmann, Karl (K)	Siegert, Raffael (V)
Baumann, Erika (V)	Gruber, Alexander (K)	Langenecker, Otto (V)	Somer, Leon (S)
Baumann, Rudolf (K)	Gruber, Karl (K)	Lavicka, Rudolf (S)	Sommer, Karl (V)
Bednar, Emil (V)	Gruber, Ludwig (V)	Lavicky, Ernst (V)	Spitz, Otto (V)
Benc, Alois (V)	Grün, Anna (V)	Leihser, Franz (V)	Spitzer, Erich (V)
Berger, Ferdinand (V)	Hacker, Gertrude (V)	Leitner, Johann (S)	Spitzer, Herbert (V)
Bettelheim, Wilhelm (V)	Hacker, Kurt (V)	Leitner, Hermann (V)	Stagl, Otto (K)
Bezdicsek, Wilhelm (V)	Had, Rudolf (V)	Leutgeb, Karl (K)	Stecher, Franz (K)
Bienstock, Adolf (K)	Haderer, Johann (V)	Linner, Raimund (V)	Steibl, Erwin (K)
Bienstock, Anna (V)	Hansal, Leopold (K)	Lupert, Karl (K)	Stein, Johann (S)
Blaukopf, Hilda (V)	Hauber, Leopold (S)	Malina, Leopold (V)	Steiner, Egon (V)
Blaukopf, Kurt (K)	Hauser, Johann (V)	Markovics, Ivan (V)	Steiner, Rudolf (K)
Bogner, Ludwig (V)	Hautmann, Rudolf (V)	Marsalek, Johann (V)	Steppat, Georg (V)
Brtna, Rudolf (K)	Hawla, Wilhelm (K)	Mitterecker, Johann (V)	Stern, Siegmund (V)
Buchholz, Inge (V)	Helleparth, Anton (V)	Monz, Richard (K)	Stickler, Otto (V)
Budschedl, Leopold (S)	Herrnstadt, Gerhard Paul (V)	Moritz, Anna (V)	Stier, Benno (K)
Bumbalek, Josef (S)	Hertl, Johann (V)	Moritz, Franz (K)	Stimpfl, Gustav (V)
Calamé, Eugenie (V)	Heyduk, Leopold (V)	Nakowitz, Johann (K)	Stipcak, Maria (V)
Charamza, Josef (K)	Hilmer, Karl (K)	Nemec, Richard (K)	Strecha, Valentin (V)
Cmejrek, Miroslav (K)	Hinterlehner, Karl (V)	Neumayr, Johann (V)	Strobel, Othmar (V)
Csarmann, Josef (V)	Hirth, Friedrich (V)	Neumeier, Johann (K)	Swaton, Leopold (V)
Csarmann, Wilhelm (K)	Hladecek, Alois (V)	Nittmann, Johann (S)	Szukop, Karl (V)
Csernak, Koloman (K)	Hochauer, Josef (V)	Novak, Kurt (K)	Tatar, Valerie (V)
Danemann, Rudolf (K)	Höcker, Konrad (K)	Nulicek, Johann (K)	Teichert, Rudolf (V)
Danimann, Franz (V)	Hofer, Peter (V)	Oberegger, Maximilian (S)	Thun, Adolf (V)
Dlabaja, Erich (V)	Holl, Othmar (V)	Olbort, Ernst (S)	Travnicek, Josef (V)
Dobritzhofer, Anton (S)	Höllisch, Johann (V)	Oster, Harry (V)	Tutsch, Heinrich (V)
Docekal, Theresia (V)	Holzer, Gottfried (V)	Pacher, Franz (V)	Tyra, Robert (K)
Dürmayer, Heinrich (V)	Horvath, Franz (V)	Pfeiffer, Rudolf (K)	Ultmann, Walter (V)
Edel, Emanuel (V)	Howanietz, Friedrich (V)	Plotnarek, Anna (V)	Umschweif, Max (V)
Etz, Franz (V)	Ithaler, Karl (V)	Prager, Paul (S)	Vitek, Jutta (V)
Fels-Margulies, Moritz (V)	Jansa, Leo (V)	Prem, Eduard (V)	Wagner, Franz (K)
Fesl, Rudolf (K)	Jarolim, Adolf (S)	Prethaler, Johann (K)	Walisch, Elfriede (V)
Fessl, Maria (V)	Joss, Karl (V)	Rabofsky, Eduard (V)	Walzhofer, Rudolf (K)
Fink, August (V)	Kalteis, Franz (V)	Ramskogler, Leopold (V)	Weber, Heribert (V)
Fixel, Hella (V)	Kampel, Josef (K)	Rechthaler, Helene (V)	Weber, Josef (S)
Fragner, Josef (V)	Kandel, Herbert (V)	Rechthaler, Leopold (V)	Weidner, Richard (V)
Freisl, Franz (K)	Kapek, Anton (V)	Reichel, Karl (V)	Wiedner, Maximilian (V)
Friedenreich, Gustav (K)	Karl, Jakob (S)	Reinelt, Margarete (V)	Winterberg, Walter (K)
Frisch, Kurt Armand (V)	Karlik, Josef (V)	Reisner, Josef (V)	Winterer, Georg (K)
Fritz, Wilhelm (V)	Kässmaier, Friedrich (S)	Reicha, Rudolf (S)	Winterstein, Josef (V)
Fröhlich, Margarete (V)	Kazda, Jaroslav (V)	Richter, Anton (V)	Wollner, Alfred (V)
Fürst, Alexander (K)	Kislinger, Ladislaus (K)	Riesner, Ladislaus (K)	Zanger, Jakob (K)
Gal, Nikolaus (K)	Klein, Otto (K)	Rotter, Johannes (V)	Zimmermann, Heinrich (V)
Gegenbauer, Ferdinand (V)	Kment, Josef (V)	Safr, Jaroslav (V)	Zink, Adolf (S)
Geiler, Wilhelm (S)	Kolm, Heinz (V)	Sainz, Johann (S)	
Geiringer, Friedrich (V)	Korntheuer, Josef (K)	Schima, Ludwig (K)	Nähere biographische Anga- ben zu den genannten Perso- nen sind zu finden unter: http://www.klahrgesellschaft.at/KommunistInnen_Polizei.pdf
Gelb, Alexander (K)	Korzinek, Franz (K)	Schimmer, Josef (V)	
Glüxmann, Alfred (K)	Koscher, Andreas (V)	Schindler, Julius (V)	Ergänzungen und weitere Hinweise richten Sie bitte an: klahr.gesellschaft@aon.at
Glüxmann, Hermine (V)	Kouril, Johann (K)	Schlesinger, Egon (V)	
Goldberger, Max (V)	Kratochwill, Bernhard (K)	Schmauz, Johann (K)	
	Krischker, Rudolf (V)	Schmid, Ferdinand (V)	
	Krones, Emil (V)	Schrott, Josef (K)	
	Krupa, Karl (S)	Schuh, Franz (K)	
	Kubecka, Ernst (S)	Schuster, Ludwig (K)	
	Kuhn, Kurt (K)	Schwager, Zalel (S)	